



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2012

Markus Albert Maier

**Politische Legitimität in
autoritären Regimen. Eine
Untersuchung des
Legitimitätsverlustes des
Mubarak-Regimes in Ägypten
zwischen 2000 und 2010.**

Bachelorarbeit bei
Prof. Dr. Petra Stykow
2012

Eigenständigkeitserklärung:

Ich versichere, dass ich die vorgelegte Bachelorarbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Bachelorarbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form in keinem anderen Kurs vorgelegt worden.

Markus Maier

München, den 11.01.2012

Gliederung:

1. Einleitung
2. Politische Legitimität
 - 2.1. Konzepte und Debatte
 - 2.1.1. Begriffsklärung
 - 2.1.2. Max Webers Legitimitätskonzept
 - 2.1.3. Kritik an Webers Konzept
 - 2.2. Moderne Ansätze
 - 2.2.1. Drei Dimensionen der Legitimität nach David Beetham
 - 2.2.2. Kritik an Beethams Konzept
 - 2.2.3. Einführung von *Performance*-Legitimität
 - 2.2.3.1. Effektivität nach Seymour Lipset
 - 2.2.3.2. Die Problematik der *Performance*-Legitimität
 - 2.2.4. Legitimitätsmessung
 - 2.2.4.1. Legitimitätsmessung nach Bruce Gilley
 - 2.2.4.2. Bedingte Legitimität
 - 2.3. Erosion politischer Legitimität
 - 2.3.1. Legitimitätsverlust in Beethams Konzept
 - 2.3.2. Legitimitätsverlust durch Repression
 - 2.3.3. Legitimitätsverlust durch ungenügende *Performance*
3. Methodik zur Analyse von politischer Legitimität eines autoritären Regimes
 - 3.1. Herleitung des fallspezifischen Modells
 - 3.2. Indikatoren zur Legitimitätsmessung
 - 3.2.1. Legale Beurteilung von politischer Legitimität
 - 3.2.2. Rechtfertigung der Herrschaft vor geltenden Werten
 - 3.2.3. Akte der Zustimmung
 - 3.3. Die Zusammensetzung des Mubarak-Regimes
 - 3.3.1. Charakteristik des Regimes
 - 3.3.2. Elitenkonstellationen und Ressourcenverteilung
 - 3.3.3. Institutionelle Veränderungen des letzten Jahrzehnts
 - 3.4. Feststellung des Legitimitätsverlustes
 - 3.4.1. Legitimitätsverlust im Bereich der legalen Herrschaftsausübung
 - 3.4.2. Legitimitätsverlust durch Missachtung geltender Werte
 - 3.4.2.1. Religiöse und materielle Werte
 - 3.4.2.2. Verlust von *Performance*-Legitimität
 - 3.4.3. Legitimitätsverlust durch Akte der Ablehnung

4. Gründe für den Legitimitätsverlust
 - 4.1. Legitimitätsbeziehung zwischen dem Regime und den Eliten
 - 4.2. Illegale Herrschaftspraxis
 - 4.3. Missachtung und Bruch gesellschaftlicher Werte und Normen
 - 4.3.1. Religion und Glauben
 - 4.3.2. Performance und Sozialvertrag
 - 4.3.2.1. Sozialverträge
 - 4.3.2.2. Aufkündigung des Sozialvertrages
 - 4.3.2.3. Wurzeln und Entwicklung des Sozialvertrages
 - 4.3.3. Ägyptens *Youth Bulge*
 - 4.3.3.1. *Youth Bulges* und ihre Problematik
 - 4.3.3.2. Entwicklung und Probleme des *Youth Bulges* in Ägypten
 - 4.3.3.3. Soziale Folgen des *Youth Bulges*
 - 4.4. Mediale Verstärkung von Akten der Ablehnung
5. Fazit

1. Einleitung

„The central problem of government in the Arab World today is political legitimacy. The shortage of this indispensable political resource largely accounts for the volatile nature of Arab politics and the autocratic, unstable character of all the present Arab governments.” (Hudson 1977, 2)

Die Selbstverbrennung des tunesischen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi im Dezember 2010 entfachte einen revolutionären Flächenbrand in der arabischen Welt, der in den Medien bald als arabischer Frühling bezeichnet wurde. Nachfolgende Massenproteste brachten nach Ben Alis autoritärem Regime in Tunesien, auch jene von Husni Mubarak und Muammar al-Gaddafi zu Fall, während sich andere autoritäre Herrscher gezwungen sahen ihr System zu reformieren. Bei den Aufständen entlud sich oft jahrelang unterdrückte Wut der Bevölkerung auf das autoritäre System, welche nun endlich ein Ventil fand (Apt 2011; Masoud 2011). Die daraus resultierenden Bewegungen hatten ein derartiges Mobilisierungspotential, dass weder der berüchtigte Geheimdienst Ägyptens, noch Gaddafis Armee, in der Lage waren den Umsturz zu verhindern.

Kurz nach Mubaraks Rücktritt meldeten sich die ersten Regionalexperten zu Wort, um die Vorgänge, sowie den Überraschungsmoment des Umsturzes zu erklären. Anderson und Gause (2011) weisen auf die Rolle des Militärs in Ägypten hin, wobei Gause auch auf dessen fehlende ethnische Bindung zum Regime aufmerksam macht. Dagegen beschreibt Jack A. Goldstone (2011) die Unzufriedenheit der Bevölkerung im Zusammenhang mit wirtschaftlichem und politischem Versagen des Regimes, ohne diese dabei aber in einen theoretischen Zusammenhang zu setzen. Einige Autoren widmen sich auch demographischen Faktoren (Binzel 2010; Apt 2011; Masoud 2011), jedoch liegt insgesamt kein umfassendes theoretisches Erklärungsmodell vor.

Während sich die Proteste in nahezu der gesamten arabischen Welt ausbreiteten, schienen einige Staaten mehr und andere weniger anfällig für einen revolutionären Umsturz zu sein. Auffällig ist, dass sich unter den gestürzten Regimen und den von Bürgerkrieg bedrohten Staaten Syrien und Jemen keine einzige Monarchie befindet. Dies legt die Vermutung nahe, dass es strukturelle Ursachen für die unterschiedliche politische Stabilität der verschiedenen Staaten, welche jedoch allesamt von autoritären Regimen regiert wurden, gab. Einige der Ursachen, welche letztendlich zu den Umstürzen geführt haben, müssen daher schon im Vorfeld der Revolutionen erkennbar gewesen sein.

Einer der Hauptunterschiede, zwischen den autoritären arabischen Monarchien und den autoritären Regimen in Ägypten, Libyen, Tunesien, Syrien und dem Jemen liegt darin, dass sich Monarchen auf traditionelle politische Legitimität stützen konnten, während den Regimen, in denen die Proteste eskalierten, diese Möglichkeit verwehrt blieb. Das Maß an politischer Legitimität, über welches ein Regime verfügt, hängt, wie es Michael C. Hudson in oben genannter Aussage erwähnt, eng mit dessen

Stabilität zusammen. Legitimitätstheorie stellt daher nicht nur eine nachträgliche Erklärung für vergangene politische Vorgänge dar, vielmehr können Erkenntnisse aus der Legitimitätstheorie auch Erklärungen für aktuelle Entwicklungen bis hin zu Prognosen für zukünftige Ereignisse im arabischen Raum liefern. Recherche in diesem Bereich ist jedoch vor allem deshalb wichtig, da die Autoritarismus-Forschung vom arabischen Frühling relativ unvorbereitet erfasst wurde und wichtige erklärende Literatur bislang fehlt. Hudsons Zitat aus dem Jahr 1977 weist darauf hin, dass das geringe Vorhandensein von politischer Legitimität schon seit langem ein zentrales Problem in der arabischen Welt dargestellt hat und es sich dabei nicht um ein neues Phänomen handelt. Dennoch scheint es, als wäre es im Zeitraum vor den Revolutionen zu entscheidenden Veränderungen gekommen.

Am Beispiel Ägypten wird deutlich, dass es in der Zeit vor dem Umsturz, zu einem starken Legitimitätsverlust des Regimes kam. Diese Korrelation darf nicht unbeachtet bleiben, denn dadurch drängt sich die Hypothese auf, dass die Absenz von politischer Legitimität einer der Gründe war, warum Ägypten so schnell und umfassend von der Revolution in Tunesien angesteckt worden ist. Mubaraks Regime hatte derart an Legitimität verloren, dass sich am Ende sogar das Militär, welches unter Mubarak große Privilegien genoss, von ihm abwandte. Die Problematik Ägyptens bietet aufgrund der ausgiebig vorhandenen Literatur und der politischen Relevanz des Landes die meisten Forschungsmöglichkeiten, wie auch die interessantesten Erkenntnisse. Schon 2005 sprachen einige Landesexperten, aufgrund der durchgeführten politischen Reformen, vom ägyptischen Frühling, doch die Vertreter demokratischer Transitionstheorien mussten bald erkennen, dass es sich bei dieser politischen Öffnung, um eine Machterhaltungs-Strategie des Regimes handelte (Demmelhuber; Roll, 28). Bei diesen, wie auch bei mehreren Reformen zuvor, wurde erneut klar, dass sich Mubaraks Regime meisterhaft darauf verstand seine autoritäre Herrschaft, trotz diverser Krisen, aufrecht zu erhalten. Die Revolution 2010/11 ist daher von großem wissenschaftlichem Interesse. Das Regime war offenbar unfähig die Situation zu kontrollieren. Einer der entscheidenden Gründe dafür, der Verlust von politischer Legitimität, verdient daher besonderer Aufmerksamkeit.

Die Frage danach, wie die politische Legitimität des Regimes von Husni Mubarak bis 2010 erodierte, ist fundamental um die politischen Entwicklungen in Ägypten bis zu Mubaraks Rücktritt und darüber hinaus zu verstehen. Der Beobachtungszeitraum beginnt im Jahr 2000, als das oberste ägyptische Verfassungsgericht das Regime auf ungewöhnlich starke Weise kritisierte und endet mit dem Beginn der Proteste 2010, die das Regime zu Fall brachten. Es ist jedoch zu beachten, dass die alleinige Betrachtung der politischen Legitimität, keine kausale Erklärung für die Umstürze an sich bereitstellen kann. Legitimität muss daher eher als *eine* der erklärenden Variablen von politischer Stabilität verstanden werden, deren Erklärungspotenzial jedoch bislang unterschätzt worden ist.

Deshalb soll in dieser Arbeit untersucht werden, wie die politische Legitimität des Mubarak Regimes zwischen den Jahren 2000 und 2010 erodierte. Zu Beginn dieser Arbeit, wird in 2. das Konzept der

politischen Legitimität an sich aufgegriffen und in Bezug auf die Fragestellung erläutert. Aufbauend auf Max Webers Legitimitäts-Konzept, wird der Legitimitätsbegriff schrittweise um modernere Ansätze erweitert. Dabei werden aus der großen Bandbreite von Theorien relevante Konzepte herausgefiltert. Im Verlauf dieses Prozesses wird erkenntlich, dass Wertvorstellungen eine zentrale Bezugsgröße für Legitimität darstellen. In 2.3. wird herausgestellt, auf welche Art und Weise politische Legitimität erodieren kann. Diese Analyse ist für die Anwendung des Modells auf die Fallstudie Ägypten von großer Bedeutung. Der 3. Teil dieser Arbeit dient der Herleitung eines anwendungsbezogenen Modells. Bevor dieses jedoch angewandt werden kann, wird in 3.3. zunächst die Funktionslogik des Mubarak-Regimes dargestellt. Anschließend kann in 3.4. der Legitimitätsverlust des Regimes zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2010 empirisch nachgewiesen werden. Durch Rückbezug auf das zuvor entworfene Modell ist es in 4. möglich, die Ursachen dieses Verlustes zu identifizieren. Dazu wird in 4.3.2. die Rolle des ägyptischen Sozialvertrages hervorgehoben und erläutert. Letztendlich wird deutlich, dass Mubaraks Regime seine Legitimität verlor weil es einen inoffiziell bestehenden Sozialvertrag brach. Diese Schlussfolgerung wird später genauer erläutert.

2. Politische Legitimität

2.1. Konzepte und Debatte

2.1.1. Begriffsklärung

Der Begriff der politischen Legitimität bezieht sich auf Machtbeziehungen zwischen Herrschern und Beherrschten und ist in seiner Natur als multidimensional zu betrachten (Beetham 1991a, 42). So muss neben objektiven Kriterien auf der Makroebene (systemische, objektive Ebene) auch die subjektive Wahrnehmung der Beteiligten auf der Mikroebene (individuelle Ebene) betrachtet werden (Lamb 2005, 8-9). In einem weiteren Schritt kann dann zwischen universell gültigen und kontextuellen, auf regionalen und kulturellen Unterschieden basierenden Faktoren, unterschieden werden. Diese Aufgliederung spiegelt sich in der Differenzierung von normativen (z.B. Rawls 1993) und deskriptiven (z.B. Max Weber 1972) Legitimitätskonzepten wider (Peter 2010), welche jedoch, wie bei Beetham (1991 a, b), miteinander verbunden werden können. Weiterhin muss Legitimität im politischen Kontext als mehrstufiges Konzept betrachtet werden: „Legitimacy is not an all-or-nothing affair“ (Beetham 1991b, 19-20). Partizipation und demokratische Legitimität stellen zwar zentrale Forschungsgegenstände im gegenwärtigen Diskurs dar, sind aber für diese Arbeit nur von geringer Bedeutung, da sie aufgrund des Mangels an ziviler Partizipation in autoritären Regimen vernachlässigt werden können. Daher kann auch auf die, im deutschsprachigen Raum vielzitierten, Werke von Niklas Luhmann und Fritz Scharpf verzichtet werden.¹ Auch David Easton leistete einen wichtigen Beitrag zum Verständnis von politischer Legitimität, durch seine Forschung zur Bedeutung von *politischer*

¹ Luhmann ging auf Legitimation durch Verfahren ein (Luhmann 1983), während Fritz Scharpf Legitimität auf das Input-Output Modell übertrug (Kraus 2004).

Unterstützung (Easton 1967). Dieses Konzept kann jedoch im Fall Ägypten ebenfalls nur begrenzt angewandt werden.

Die wissenschaftliche Bedeutung des Konzeptes der politischen Legitimität ist vor allem dadurch begründet, dass die Legitimität einer Herrschaft Auswirkungen auf deren Autorität und Stabilität hat. So stellt der Glaube an die Legitimität einer Herrschaft nach Max Weber das Hauptmotiv zu Gehorsam gegenüber dem Herrscher dar, was erheblich zu Stabilität der bestehenden Ordnung beitragen kann (Weber 1972, 122-123; 516).

2.1.2. Max Webers Legitimitätskonzept

Ein Großteil der modernen Debatte (Beetham 1991 a; b, O’Kane 1993, Gilley 2006 a; b) um Begriff und Bedeutung von politischer Legitimität im Sinne von legitimer Herrschaftsgewalt bezieht sich auf Max Webers Konzept des *Legitimitätsglaubens*. Eine Herrschaftsbeziehung ist demnach legitim, wenn sie von den Beherrschten als legitim wahrgenommen wird. Der Legitimitätsglaube der Beherrschten bestimmt mehr noch als zweckrationale Interessen und Tradition die Autorität des Herrschenden und dessen Anspruch auf Gehorsam seitens der Untertanen (Weber 1972, 122). Dabei gesteht Weber jedoch zu, dass Legitimitätsglaube in der Praxis nur schwer von ersteren Motiven zu trennen ist (1972, 16). Herrschaft wird also nach Weber vor allem durch den Glauben an ihre Rechtmäßigkeit legitim. Die Maxime jeder Herrschaft sollte daher sein, „Glauben an ihre „Legitimität“ zu erwecken und zu pflegen“ (Weber 1972, 122). Aus diesem Prinzip leitet Weber drei (reine) Typen legitimer Herrschaft ab, welche in der Realität aber hauptsächlich in Mischformen vorzufinden sind. Er unterscheidet dabei zwischen rational-legalistischem, traditionellem und charismatischem Herrschaftstypus (Ibid, 124). Gleichzeitig ist Legitimitätsglaube aber kein notwendiges konstitutives Merkmal von Herrschaft, denn diese kann im Zweifelsfall auch durch Zwang und Repression ausgeübt werden. Hier weist Weber jedoch darauf hin, dass dazu eine Interessengemeinschaft zwischen dem Herrscher und dem Verwaltungsstab bestehen muss, welche ebenfalls einer Legitimitätsbeziehung unterliegt (Ibid, 122-125). Je nach Herrschaftstypus fällt diese Beziehung anders aus. So ist der Herrscher im rational-legalistischen Typus seiner eigenen Gesetzgebung unterworfen. Der Verwaltungsstab entspricht dann einem Beamtentum. Autorität entspringt hier rationalen Überlegungen. Demgegenüber kann sich der Herrscher im traditionellen Typus auf eine traditionelle Ordnung berufen und deshalb persönliche Loyalität beanspruchen. Der Verwaltungsstab setzt sich daher nicht aus Beamten, sondern aus Dienern zusammen. Der charismatische Herrscher besitzt, im Gegensatz zu Herrschern mit traditionellem oder rational-legalistischem Legitimitätsanspruch, außergewöhnliche Fähigkeiten (bzw. wird das von den Beherrschten geglaubt) welche ihn zur Herrschaft legitimieren. Sein Verwaltungsstab besteht deshalb aus Anhängern. Charismatische Herrschaft ist eng an die Person des Herrschers gebunden und neigt daher zu Erosion über den Zeitverlauf (Weber 1972, 122-5, 130; 31, 140; 41. Ciobanu 2010, 4; Beetham 1991, 35). Aus dem Legitimitätsglauben an die Herrschaft des Herrschenden resultiert

dessen Anspruch auf Autorität und Gehorsam der Bevölkerung. Hier ist es wichtig festzustellen, dass für Max Weber die Begriffe Herrschaft und Gehorsam eng verbunden sind und somit Herrschaft nur zusammen mit Gehorsam vorliegen kann (Weber 1972, 28; 123). Herrschaft besteht also nur dann, wenn die Beherrschten Gehorsam leisten und diese gehorchen wiederum nur, wenn sie an die Legitimität der Herrschaft glauben (Ibid, 822).

2.1.3. Kritik an Webers Konzept

Obwohl Webers Ansatz den Einstieg zu jeder modernen Debatte um Legitimitätsfragen bildet, gilt er in mehrfacher Hinsicht als unzureichend. Mit der Einführung des Prinzips des Legitimitätsglaubens vernachlässigt Max Weber jegliche normative Beurteilung von politischen Regimen und beschränkt sich auf den Glauben der Bürger an die Legitimität des Regimes, um dessen Legitimität zu beurteilen (Grafstein 1981, 1). Diese Konzentration auf den Legitimitätsglauben ist der Kern von David Beethams Kritik an Weber: „[H]e reduces a complex of different elements that go to make up legitimacy of “Herrschaft“ to a single dimension: the belief in legitimacy (“Legitimitätsglaube”)“ (Beetham 1991a, 42). Weber ignoriert die multidimensionale Natur des Begriffes der politischen Legitimität, die sich nicht nur auf der Mikroebene, den in einer Gesellschaft verbreiteten Werten und dem Glauben der Bevölkerung abspielt, sondern auch auf der Makroebene zu verorten ist. Ebenso muss die Legalität der Herrschaft, sowie deren rechtmäßige Ausübung einbezogen werden (Achini 1999, 108). Die eindimensionale Verortung auf der Mikroebene stellt Webers Konzept in einen rein kontextuellen Bezugsrahmen, frei von universellen, beziehungsweise normativen Ansprüchen. Es ist ferner auch unklar, inwiefern Legitimitätsglaube in einer heterogenen Gesellschaft tatsächlich Legitimität schaffen kann, da dort oft divergierende Glaubens- und Wertvorstellungen vorliegen.

Doch nicht nur auf der theoretischen, sondern auch auf operativer Ebene ist Webers Typologie in mancher Hinsicht ungeeignet. So ist es zwar durchaus möglich, seine Typologie auf die heutige Staatenwelt anzuwenden, jedoch ist der wissenschaftliche Erkenntnisgewinn eines solchen Versuches äußerst gering, da gegenwärtig nahezu alle Regimetypen als hauptsächlich rational-legalistisch eingestuft werden müssten (Dogan 1992, 118). Der traditionelle und charismatische Typus liegt heute fast nur noch in Mischformen vor (Ibid). Weiterhin bereitet die Einordnung von bestimmten Regimetypen in die Webersche Typologie in vielen Fällen Schwierigkeiten, wie zum Beispiel im Falle kommunistischer und totalitärer Regime. Damit wird deutlich, dass auch Formen von passiver Unterwerfung oder negativer Legitimitätsansprüche², welche Weber in seiner Typologie kaum berücksichtigte, betrachtet werden müssen. (Ciobanu 2010, 4).

² Negative Legitimität kann dadurch erlangt werden, dass den Beherrschten mögliche Alternativen zur aktuellen Herrschaft als noch weniger wünschenswert erscheinen, während sich positive Legitimität auf tatsächliche Maßnahmen zur Legitimierung seitens des Regimes bezieht (Zhong 1996, 214)

Neben philosophisch-theoretischen Problemen ergeben sich bei Weber auch praktische Unzulänglichkeiten. Die von Weber nur nebensächlich genannten weiteren Gründe für die Unterwerfung unter eine gegebene Herrschaft, materielles Eigeninteresse und Opportunismus, stellen in neopatrimonialen Regimen Kategorien dar, welche nicht vollständig vom Begriff der Legitimität getrennt werden können und deshalb stärker berücksichtigt werden sollten. Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass das Webersche Konzept unzureichend für eine empirische Analyse heutiger Regimetypen ist und somit in dieser Arbeit auch nur als Grundlage für die Einführung modernerer Legitimitätskonzepte verwendet wird. Vor allem aber nimmt das, von Weber unbeachtete Konzept der *Performance*-Legitimität in der heutigen Debatte einen größeren Stellenwert ein und muss daher noch ausführlicher behandelt werden.

2.2. Moderne Ansätze

2.2.1. Drei Dimensionen der Legitimität nach David Beetham

Die Unzulänglichkeiten von Webers Typologie führten zu einem breit gefächerten Diskurs, welcher sich über mehrere Fachbereiche erstreckte. David Beetham ist einer der wichtigsten Kritiker von Max Webers Legitimitätskonzept und stellte in „The Legitimation of Power“ ein alternatives Verständnis von politischer Legitimität vor (1991b). Der Legitimitätsglaube an sich hat für Beetham einen weniger zentralen Stellenwert. Vielmehr stellt der Legitimitätsglaube, so Beetham, nur *eine* Dimension der Legitimität dar, welche ein notwendiges, aber kein hinreichendes Element für legitime Herrschaft ist (1991a, 40). Beetham sieht in dieser Unvollständigkeit den Grund für die Unzulänglichkeit des Weberschen Konzeptes als sozial-wissenschaftliches Analyseinstrument (Ibid). Legitimität gliedert sich nach Beetham (1991b, 15; 16) in drei Dimensionen: Legalität, Werte und Glauben, sowie Legitimität durch ausdrückliche Zustimmung. Diese Aufteilung wurde in der wissenschaftlichen Debatte sehr positiv aufgenommen und bildet den Ausgangspunkt für die weitere Forschung (z.B. Gilley 2006, Achini 1999).

Herrschaft ist nach Beetham legitim, wenn sie (1) in Übereinstimmung mit geltenden Regeln und Gesetzen erlangt und ausgeübt wird. Diesem Argument kann universelle Gültigkeit zugeschrieben werden, was es über den kontextuellen Bezugsrahmen erhebt. Einschätzungen bezogen auf Gesetzeskonformität von Herrschaftsausübung unterliegen nicht dem Glauben oder den verbreiteten Werten innerhalb einer Bevölkerung, sondern werden richterlich determiniert. Da die geltenden Gesetze jedoch wiederum keine eigene Legitimationsbasis besitzen, müssen sie (2) mit den oben genannten Werten und dem Glauben der Beherrschten, ebenso wie dem der Herrscher, in Einklang stehen. Regeln und Gesetze, welche die Herrschaftsbeziehung zwischen beiden Gruppen bestimmen, können dann, durch ihren Bezug auf die in der Gesellschaft verbreiteten Wertvorstellungen gerechtfertigt werden (Beetham 1991b, 16-18; 1991a, 42). Eine dritte Dimension von politischer Legitimität leitet Beetham von Max Webers charismatischem Herrschaftstypus ab. Nach Beetham

sind es nicht die, wie Weber es formulierte „außeralltäglichen, nicht jedem anderen zugänglichen Kräfte[n] oder Eigenschafte[n]“ (Weber 1972, 140), die den Herrscher legitimieren, sondern der Akt des Folgens von Seiten der Anhänger, welcher Legitimität auf den Herrschenden überträgt. Herrschaft kann deshalb (3) durch ausdrückliche Zustimmung der maßgebenden Gruppen innerhalb einer Gesellschaft legitimiert werden (Beetham 1991a, 41). Die genaue Art der Zustimmung, sowie die Definition der dazu berechtigten gesellschaftlichen Gruppe, hängen von kulturellen oder ideellen Faktoren ab (Beetham 1991b, 19). Es ist jedoch vor allem entscheidend, *dass* die Zustimmung durch die dafür Berechtigten ausgedrückt wird, was ein „normative commitment on the part of those engaging in them.“ (Ibid, 18) erzeugt. Ausdrückliche Zustimmung kann über Partizipation, Wahlbeteiligung, aber auch Wahl, ebenso wie Mobilisierung, traditionelle Zeremonien oder Treueschwüre etc., gewährleistet werden (Beetham 1991a, 41). Wie auch Weber betont Beetham, dass Herrschaft auch ohne Legitimitätsbasis, durch Zwang und Repression, aufrecht erhalten werden kann.

2.2.2. Kritik an Beethams Konzept

Mit diesem Konzept liefert Beetham ein tragfähigeres Analysekonzept als Max Weber, da es mehrere Dimensionen umfasst und neben kontextuellen auch universelle Faktoren einschließt. Dennoch ist es zur operativen Anwendung wenig geeignet, denn es kann viele Fälle von politischer Legitimität, beziehungsweise deren Absenz nicht erklären. Rosemary O’Kane hebt hervor, dass Beethams Konzept in mehreren empirischen Anwendungsbeispielen große Mängel aufweist. So ist es in totalitären Staaten mit geschlossenen Gesellschaften, wie der UDSSR, nicht möglich zu beurteilen, inwieweit verbreitete Werte und Glauben mit der Herrschaft kongruieren (O’Kane 1993, 482). Harte Sanktionierung von Ungehorsam bei gleichzeitiger Massenmobilisierung, lassen keine verlässlichen Rückschlüsse auf die tatsächlich verbreiteten Werte zu. Passive Akzeptanz von Autorität (Ciobanu 2010, 4) ist ein Bestandteil der Herrschaftsbeziehungen in diesen Staaten, welcher in Beethams Erklärungsmodell keinen Platz findet, aber wichtig für ein umfassendes Verständnis ist. Ein weiterer kritischer Punkt ist Beethams Aussage, dass Militärregime aufgrund ihrer Exklusivität (d.h. Ausschluss des Volkes aus der Politik), niemals Legitimität genießen könnten (Beetham 1991b, 233-4), denn falls sich Legitimität auf verbreitete Werte beziehen soll, könnte eine militarisierte Gesellschaft eine Militärherrschaft durchaus als legitim empfinden (O’Kane 1993, 485).

Durch Beethams Erweiterung von Webers Konzept ist es allerdings möglich, politische Legitimität auf mehreren Ebenen zu analysieren. Außerdem gibt es eine Auswahl von Variablen, welche Erosion von Legitimität erklären könnten. Die praktische Anwendung dieses Modells erweist sich jedoch in vielen, vor allem aber in den entscheidenden, Fällen, in denen Legitimität nicht vorhanden ist, als unbefriedigend.

2.2.3. Einführung von *Performance*-Legitimität

2.2.3.1. Effektivität nach Seymour Lipset

Der von Seymour Lipset eingeführte Begriff der Effektivität bietet den Schlüssel zur Überwindung der empirischen Anwendungsprobleme der bisher erläuterten Legitimitätskonzepte. Effektivität eines politischen Systems ist gleichbedeutend mit dessen *Performance*³ und beschreibt das Ausmaß, in dem eine Regierung (bzw. ein Regime) die prinzipiellen Anforderungen, die die Bevölkerung oder die Eliten an die Regierung richtet, erfüllt (Lipset 1960, 77). Diese Anforderungen können je nach den, in der Gesellschaft verbreiteten Werten und Normen, variieren und zum Beispiel wirtschaftliche Entwicklung, und Institutionalisierung, aber auch militärische Erfolge oder ähnliches beinhalten. Lipset (1960, 77ff), begreift Effektivität jedoch nicht als Kategorie von Legitimität, sondern als komplementäre erklärende Variable (neben Legitimität) für politische Stabilität. Tatsächlich ist *Performance* ein schwer zu kategorisierender Faktor, da gute *Performance* zum einen nicht notwendig ist, um ein Regime zu legitimieren, andererseits kann sich Herrschaft auch alleine aufgrund guter *Performance* bereits ausreichend legitimieren (Gilley 2006, 59). Weiterhin ist unklar, ob *Performance* neben Repression nicht eher ein kurzfristiges Substitut für Legitimität darstellt. Lipset gesteht jedoch zu, dass „[...] prolonged effectiveness over a number of generations may give legitimacy to a political system.“ (1960, 82). Während also Kategorien wie zum Beispiel Legalität notwendig, aber allein nicht hinreichend für Legitimität sind, ist *Performance* nicht notwendig, aber in manchen Fällen als einziger legitimierender Faktor hinreichend.

2.2.3.2. Die Problematik der *Performance*-Legitimität

Das Kriterium *Performance* hat durch die oben genannten Besonderheiten eine Ausnahmestellung inne. In einer ernstzunehmenden Legitimitäts-Analyse darf es nicht vernachlässigt werden, da es in Gesellschaften mit modernen Wertesystemen⁴ zu einem der zentralen Aspekte politischer Legitimität geworden ist. *Performance* muss daher zwingend als erklärende Variable von politischer Legitimität in das Modell aufgenommen werden. Denn schon der oben genannte Hinweis Lipsets, langfristig gute *Performance* könne zu einer Quelle der Legitimität werden, weist auf die Untrennbarkeit der Begriffe hin. Christoph Achini (1999) nimmt Bezug auf die Rosenau (1990) und Dogan (1994), indem er in der Modernisierung von Gesellschaften einen Bedürfniswandel erkennt, welcher sich auch auf die verbreiteten Werte der Bevölkerung auswirkt (Achini 1999, 107). Je moderner eine Gesellschaft wird, umso wichtiger werden materielle Werte (Rosenau 1990, 429). Diese Werte haben wiederum Einfluss auf die geltenden Normen und damit auf die gesellschaftliche Organisation. Unter bestimmten Bedingungen, wie beispielsweise einer sozialistischen Revolution und der Herausbildung eines

³ Lipset setzt die Begriffe *Effektivität* und *actual performance* gleich (Lipset 1960, 77). Sie können daher als Synonyme verwendet werden. Im heutigen Diskurs wird jedoch vor allem von *Performance* gesprochen, weshalb im Folgenden auf den Begriff der Effektivität weitgehend verzichtet wird.

⁴ In welchen materielle Bedürfnisse wichtiger sind und somit *Performance* bedeutender ist. (Siehe 2.3.3.)

spezifischen Sozialvertrages, kann *Performance* zum zentralen Legitimitätskriterium eines Regimes werden, falls im Sozialvertrag manifestierte Normen und Werte stark mit Umverteilung und staatlichen Leistungen verbunden sind (Zhong 1996, 206; Heydemann 2007, 24-25). Achini geht sogar soweit, *Performance* zur wichtigsten Legitimationsquelle zu erklären, denn „[n]eben der Legitimation durch Tradition oder Religion sind keine *performance-unabhängigen* Legitimationsformen denkbar.“ (1999, 111). *Performance* korreliert tatsächlich mit einigen wesentlichen Kategorien von Legitimität. So sind beispielsweise Akte der Zustimmung von der Fähigkeit des Regimes abhängig, möglichst große oder wichtige Teile der Gesellschaft einzubinden, was unter bestimmten Bedingungen als *Performance* betrachtet werden kann. Diese Korrelation ist einer der Gründe, warum Gilley in seiner quantitativen Analyse *government performance* (als *general governance*) als zentrale erklärende Variable der Legitimität einstuft. (Gilley 2006a, 57) Eine Regierung leistet gute *Performance*, wenn sie aus Sicht der Bevölkerung die Aufgaben des Staates erfüllt und den Bedürfnissen der Bevölkerung nachkommt. Es ist dabei jedoch wichtig, zwischen *Performance*, bezogen auf öffentliches Interesse, und *Performance* als Selbstinteresse, zu unterscheiden. Denn nur wenn sich die Bevölkerung bei ihrer Beurteilung der (Regierungs-) *Performance* am Gemeinwohl orientiert, beurteilt sie die Legitimität des Regimes (Gilley 2006b, 502; Lamb 2005,18). Andernfalls handelt es sich um zweckrationale politische Unterstützung, welche zwar zur politischen Stabilität beitragen kann, jedoch keine Kategorie der Legitimität darstellt (Lamb 2005, 18). Aus den, oben dargelegten Gründen, muss *Performance* als Legitimitätsquelle mit in das Modell aufgenommen werden.

2.2.4. Legititätsmessung

2.2.4.1. Legititätsmessung nach Bruce Gilley

In seiner umfangreichen Studie „The meaning and measure of state legitimacy: Results for 72 countries“ (1991) analysiert Bruce Gilley hauptsächlich die individuelle Ebene von Legitimität, um quantitative Erkenntnisse über Legitimitätswerte in verschiedenen Ländern zu bekommen. Dabei bezieht er sich auf Beethams Legitimitätskonzept mit den drei Dimensionen Legalität (*views of legality*⁵), Rechtfertigung (*views of justification*) und Zustimmung (*acts of consent*). Diese Subtypen von Legitimität sind konstitutive Faktoren für das Legitimitätskonzept, welchen er insgesamt neun quantitative Indikatoren zuordnet (Gilley 2006b, 502-506). Gilleys Indikatoren für *views of legality* sind Respekt des Staates für Menschenrechte, Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei, sowie Vertrauen in den Behördenapparat. Jene für *views of justification* setzen sich aus der Zufriedenheit (der Bevölkerung) mit der demokratischen Entwicklung des Landes, der Beurteilung des politischen Systems, der Zufriedenheit mit den demokratischen Prozessen und dem Anteil von Gewalt bei zivilen Protesten, zusammen. Während sich die ersten Indikatoren auf Einstellungen beziehen, steht letzterer

⁵ Für die Indikatoren gilt stets die Bevölkerung als Referenz.

in Zusammenhang mit dem Verhalten der Menschen. Die Kategorie *acts of consent* ist ausschließlich verhaltensbezogen und enthält als Indikatoren die Wahlbeteiligung und Zahlungsmoral von Steuern (Gilley 2006b, 522-523). Nahezu alle Daten, welche sich auf Einstellungen beziehen, wurden dabei der World Values Survey entnommen, während Datensätze über Verhalten aus verschiedenen anderen Datenbanken stammen. Bei dieser Konzeptionalisierung wird ein klarer Schnitt zwischen Beethams Legitimitätskonzept und Gilleys Anwendungsbeispiel deutlich. So analysiert Gilley *views of legality* anhand von Umfragen in der Bevölkerung, was sich klar von Beethams Forderung von richterlicher Beurteilung der Dimension der Legalität abhebt: „*Whether power is or is not acquired and exercised within the law is a question quite independent of people’s beliefs; it is a matter of judicial determination.*”(Beetham 1991b, 12). Dadurch verzichtet Gilley auf eine normative Beurteilung dieses Sachverhaltes. Eine normative Einschätzung ist für diese Arbeit allerdings höchst relevant, weshalb Gilleys Ansatz, obwohl er für die Debatte von zentraler Bedeutung ist, nur mit Abänderungen eingebracht werden kann. Für eine solche Beurteilung sollten die Indikatoren für *legality* daher eher normative Einsichten geben, z.B. darüber inwiefern sich das Regime an Regeln und Gesetze hält. Gilley erklärte den Verzicht auf eine objektive Untersuchung dadurch, dass er eine normative Verzerrung vermeiden wollte und verweist darauf, dass viele Verhaltensindikatoren, welche durch Länderspezialisten ermittelt wurden, schon objektive Beurteilungen enthalten (Gilley 2011).

In einem weiteren Artikel unterzog Gilley (2006a) alle bekannten Bestimmungsgrößen einer quantitativen Prüfung. Dabei kam er zu dem Schluss, dass *good governance, democratic rights* und *welfare gains* die aufschlussreichsten und robustesten universellen Bestimmungsfaktoren für Legitimität sind, während er Faktoren wie Einkommensgleichheit, ethnische Homogenität und regimespezifische Einstellungen ausschloss (Gilley 2006a, 48; 53). Dies bedeutet jedoch nur, dass es sich dabei um keine universellen Faktoren handelt. Im regionalen Kontext können sie dennoch von Bedeutung sein.

2.2.4.2. Bedingte Legitimität

Eine notwendige Ergänzung zu Gilleys Konzept dürfte Robert D. Lambs Modell zur Messung von Legitimität in Ländern mit schwacher Staatlichkeit darstellen (2005). Er unterscheidet zwischen struktureller und bedingter Legitimität (*contingent legitimacy*). Strukturelle Legitimität umfasst Zustimmung, Gesetze, Tradition, Leadership, Effektivität und Normen. Es bedarf eines längeren Zeitraumes, um diese stabile Form von Legitimität aufzubauen, während bedingte Legitimität, welche durch Befriedigung von Individualinteressen, der Attraktivität von Macht und der Konvergenz mit privaten Präferenzen erreicht wird, kurzfristig verfügbar sein kann (Lamb 2005, 13-20). Selbst wenn Faktoren, welche bedingte Legitimität konstituieren, ein Regime nicht direkt legitimieren, so können sie dennoch in das Modell aufgenommen werden und wertvolle Erkenntnisse darüber liefern, weshalb einige Gruppen innerhalb der Gesellschaft eine Herrschaft (manchmal objektiven Kriterien zum Trotz)

als legitim erachten (Lamb 2005, 23, 24). Es ist jedoch denkbar, dass bedingte Legitimität auch längerfristige Stabilität gewähren kann, wenn etwaige Gegenmodelle über noch geringere Legitimität verfügen.

2.3. Erosion politischer Legitimität

2.3.1. Legitimitätsverlust in Beethams Konzept

Während Max Weber nicht genauer ausführt, wann und wie es zu Legitimitätsverlust kommen kann, gibt Beetham in seinem Konzept darüber Auskunft. Auch hier orientiert sich seine Unterscheidung an den oben erläuterten drei Dimensionen von Legitimität. Verlust von politischer Legitimität ist in den meisten Fällen unvorteilhaft für die Herrscher, da mit der Legitimität ein Grund für Gehorsam seitens der Beherrschten verloren geht. So kann Legitimität – die auf Legalität basiert – durch das Nichteinhalten geltender Gesetze und Regeln (a), beziehungsweise Gesetzesbruch durch die Herrschenden, verloren gehen. Staatsstriche und Enteignungen könnten Ursachen für einen Legitimitätsverlust darstellen. Auch übermäßige Repression, welche kulturellen Regeln und Bräuchen nicht entspricht, kann einen solchen Verlust verursachen. Durchläuft eine Gesellschaft tiefgreifende Veränderungen, die sich auch auf Werte und Glauben auswirken, so können Gesetze und Regeln, welche auf jetzt überholten Werten basieren, an Legitimität verlieren (b). Es könnten sich dabei die verbreiteten Werte an sich verändern, oder es könnte eine Spaltung innerhalb der Gesellschaft entstehen, welche keine gemeinsame Wert- und Glaubens-Basis mehr zulässt. Diese Form von Legitimitätsverlust wird vor allem in den modernisierungstheoretischen Ansätzen thematisiert. Legitimität kann in diesem Bereich aber auch dadurch verloren gehen, dass das Regime seine Handlungen nicht vor geltenden Regeln rechtfertigen kann; beziehungsweise neue Gesetze schafft, welche den verbreiteten Regeln und Normen entgegenstehen. Zuletzt kann Herrschaft auch durch (c) explizite Ablehnung des Regimes oder des Systems durch die Bevölkerung oder die Eliten an Legitimität einbüßen. Dazu kann entweder das Unterlassen von Akten der Zustimmung (beispielsweise der Boykott von Wahlen), oder aktive Gegnerschaft (wie Streiks oder Demonstrationen) beitragen. (Beetham 1991b, 16-19)

2.3.2. Legitimitätsverlust durch Repression

Durch Repression kann in Zeiten fehlender politischer Legitimität die Stabilität des Regimes gewahrt werden (Weber 1972, 123; Beetham 1991, 28), sie kann das Legitimitätsdefizit jedoch auch weiter verstärken. Hier gilt es zwischen Demokratien und autoritären Staaten zu unterscheiden, denn es besteht ein Unterschied zwischen der Autorität der Herrschaftsfigur, welche durch Gesetze und Regeln legitimiert ist und der Legitimität der Gesetze und Regeln an sich, die das Herrschaftssystem bestimmen (Beetham 1991 a, 38). Auch Demokratien sind auf ein gewisses Maß an Repression angewiesen. Da aber Demokratien zumeist über strukturelle Legitimität durch freiwillige Zustimmung der Bevölkerung verfügen (Westle, 1989, 27-28), schließt sich Repression als Substitut für Legitimität

logisch aus und wird im äußersten Fall zur Verteidigung eines legitimen Systems gebraucht (Achini 1999, 104). In diesen Fällen kommt es durch Repression auch nicht zu einem Legitimitätsverlust. Falls sich ein autoritäres Regime jedoch auf Repression als alleinigen Ersatz von Legitimität verlässt, so wird es noch weiter an Legitimität einbüßen (Ibid, 112). Dieser Sachverhalt bezieht sich wiederum auf Webers Prinzip des Legitimitätsglaubens, sowie auf Beethams drei Dimensionen von Legitimität. Herrschaft, welche sich nicht auf verbreitete Werte und Normen berufen kann, wird nicht als legitim betrachtet. So ist auch der Herrscher in Webers traditionellem Herrschaftstypus an Sitten und Bräuche gebunden (Weber 1972, 123). Ausufernde Gewalt kann hierbei diesen Legitimitätsglauben erschüttern, weshalb es im Folgenden zur traditionalistischen Revolution kommen kann (Ibid). Dabei wird nicht das System an sich in Frage gestellt, sondern die Person des Herrschers abgelehnt. Anders dürfte sich dies in modernen autoritären Regimen begeben, da dort oftmals die Aussage „[...] the government has ‘captured’ the state” (Gilley 2006B, 501) zutrifft. Übermäßige Repression schadet hierbei der Legitimität des gesamten Systems.

2.3.3. Legitimitätsverlust durch ungenügende *Performance*

Legitimitätskrisen entstehen nach Lipset vor allem in gesellschaftlichen Transitionsphasen, wenn erstens der Status von wichtigen Konservativen Gruppen und Institutionen durch die Veränderungen bedroht ist und wenn zweitens in dieser Phase neuen oder allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen der Zugang zur Politik verwehrt wird (Lipset 1960, 78-79). Effektivität kann in diesen Fällen kurzfristig Stabilität gewähren, trägt (bei Lipset) jedoch nicht zur Legitimität des Regimes bei. Im Gegenzug haben Regime, welche ohnehin schon über eine schwache Legitimitätsbasis verfügen, durch schlechte *Performance* ein hohes Risiko, zusammenzubrechen.

Dieser Befund verstärkt sich mit zunehmender Modernisierung einer Gesellschaft. Selbst wenn traditionelle Werte dabei nicht ersetzt werden, so treten in Gesellschaften, die modernisierenden Einflüssen ausgesetzt sind, neue Werte hinzu. Durch sich vollziehenden Wertewandel in modernen Gesellschaften, hin zu materiellen Werten, wird *Performance* zu einer der entscheidendsten Legitimitätsquellen für Regierungen (Achini 1999, 107, Rosenau 1990, 429). Insbesondere die Fähigkeit zu Umverteilung gewinnt dabei an Stellenwert. Ungenügende *Performance* kann bei solchen Entwicklungen zum alleinigen Auslöser für Legitimitätskrisen werden. Falls sich ein Regime auf keine Form von struktureller Legitimität, wie zum Beispiel traditionelle Werte, stützen kann, kann die Abhängigkeit von *Performance*-Legitimität in wirtschaftlich schlechten Zeiten eine solche Legitimitätskrise hervorrufen (Achini 1999, 110). Bilden Werte und Normen einen Sozialvertrag, welcher das Regime zu bestimmten *Performance*-abhängigen Leistungen verpflichtet, so wird die Legitimität des Regimes auch an der Erfüllung des Sozialvertrages gemessen (Richter 2007, 183). Vor allem national-populistische Sozialverträge beinhalten eine solche Legitimitätsbeziehung, da sich das

herrschende Regime dabei über Umverteilung und staatliche Leistungen legitimiert⁶ (Heydemann 2007, 30-31). Die Fähigkeit dieser Verpflichtung in ausreichendem Maße nachzukommen ist *Performance*-abhängig.

3. Methodik zur Analyse von politischer Legitimität eines autoritären Regimes

3.1 Herleitung des fallspezifischen Modells

Die vorangegangenen Konzepte von Legitimität und Legitimitätsmessung liefern wichtige Ansatzpunkte um ein Modell zu entwerfen, welches auf Ägyptens Legitimitätsproblematik zugeschnitten ist. Es ist zunächst notwendig, das Untersuchungsobjekt zu definieren. Legitimität bezieht sich auf eine Herrschaftsbeziehung zwischen Herrschern und Beherrschten, weshalb diese Beziehung im Mittelpunkt der Analyse stehen sollte. Weiterhin kann es hilfreich sein, auch die Beziehung zwischen Herrschern und Eliten zu betrachten, da diese in einigen Fällen die entscheidende Instanz zur Übertragung von Legitimität darstellen kann (Weber 1972, 123; Beetham 1991b, 18,19).

Um zu beurteilen, ob eine solche Herrschaftsbeziehung legitim ist, muss ergründet werden woraus sich Legitimität zusammensetzt. Dazu ist Beethams Einteilung in drei Dimensionen am nützlichsten, denn diese weisen zugleich auf die Untersuchungsgegenstände und mögliche Indikatoren hin. Es muss demnach zunächst untersucht werden, ob die Herrschaft rechtmäßig erlangt wurde und im Einklang mit geltenden Gesetzen ausgeübt wird. Beetham verlangt dazu eine normative Herangehensweise (Beetham 1991b, 12), welche die Legalität zwar zu einem universellen Kriterium der Legitimität macht (Achini 1999, 97), aber gleichzeitig auch eine zwingende Abhängigkeit von den, in der Gesellschaft verbreiteten, Normen aufzeigt. Daher sollte auf diesem Gebiet eine normative, ebenso wie eine subjektbezogene⁷, Herangehensweise gewählt werden. Die Herrschaft muss weiterhin durch in der Gesellschaft verbreitete Werte und Glauben zu rechtfertigen sein. Hier muss deshalb der Ansatz auf der Mikroebene gewählt werden. In diesem Zusammenhang kann zum Beispiel beurteilt werden, ob diese Werte einen – nach Weber – traditionellen Charakter besitzen oder ob sie auf dem Glauben an einen charismatischen Führer beruhen. Ist eine Gesellschaft von zunehmender Modernisierung geprägt, so verändert sich dieses Wertesystem und *Performance* des Regimes wird wichtiger (Rosenau 1990, 429). Deshalb wird an diesem Punkt der Untersuchung die Kategorie der *Performance* angewandt. Diese kann anhand von objektiven Kriterien gemessen werden, welche aber mit der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung abgeglichen werden müssen, um ihren legitimitätsstiftenden Charakter zu erkennen. Zuletzt muss untersucht werden, ob die Herrschaft durch Akte der Zustimmung durch die Bevölkerung legitimiert, beziehungsweise durch Akte der Ablehnung delegitimiert wird. Diese Untersuchung kann sich einerseits auf objektive Kriterien wie Wahlbeteiligung oder Demonstrationen stützen. Andererseits können auch Umfragen wichtige

⁶ Es handelt es dabei um *Performance*-Legitimität

⁷ Subjektives Empfinden der Bevölkerung muss durch Meinungsumfragen beachtet werden.

Aufschlüsse geben, da je nach Regimetyp offene Akte der Ablehnung oft aufgrund von Repression nicht möglich sind (O’Kane 1993, 481).

3.2. Indikatoren zur Legitimitätsmessung

Messung von Legitimität kommt in der Literatur am häufigsten in qualitativen Fallstudien vor, während Gilleys (2006a, b) Versuch einer quantitativen, länderbergreifenden Messung von staatlicher Legitimität eher einen Einzelfall darstellt. Ein Abgleich zwischen den damaligen, auf das Jahr 2000 bezogenen Werten und aktuellen Auswertungen wäre aufschlussreich, kann jedoch aufgrund von fehlenden Datensätzen nicht durchgeführt werden⁸.

3.2.1. Legale Beurteilung von politischer Legitimität

Aus normativer Sicht muss zunächst beurteilt werden, inwiefern sich die Gesetzgebung der Regierung an eine vorhandene Verfassung hält. Hier können Urteile des Obersten Verfassungsgerichtes, sofern dieses relative Unabhängigkeit genießt, wichtige Hinweise liefern. Weiterhin können die Verbreitung von Korruption, sowie Fälle von Wahlbetrug, Indikatoren für eine Delegation auf legaler Ebene darstellen. Weiterhin kann die subjektive Wahrnehmung der Bürger, bezogen auf rechtmäßige Regierungsführung durch die Herrscher, mittels Umfragen ermittelt werden. Dazu eignen sich Umfragen der World Values Survey zum Vertrauen in Polizei und Institutionen, sowie der Corruption Perception Index (Vgl. Vorgehen bei Gilley 2006b; Gilley 2005).

3.2.2. Rechtfertigung der Herrschaft vor geltenden Werten

In (2.2.1.) wurde gezeigt, dass Herrschaft und geltende Gesetze durch gängige Werte oder Glauben gerechtfertigt werden müssen. Um dies beurteilen zu können, muss zunächst ermittelt werden, um welche Art von Gesellschaft es sich handelt. Dabei muss untersucht werden, ob sie sich auf traditionelle, religiöse oder moderne Werte beruft. Dies lässt sich am besten durch Umfragen der World Values Survey zur Zufriedenheit mit dem politischen System, den religiösen Überzeugungen und der Wichtigkeit materieller Bedürfnisse, bewerkstelligen. Falls eine Gesellschaft weitgehend modernisiert ist, kann ein entscheidender Anteil der Legitimität durch *Performance* erbracht werden, welche sich gut durch objektive Kriterien messen lässt und sich ebenfalls in der Zufriedenheit mit dem politischen System ausdrückt. Als grundsätzlich erste Aufgabe ist die Bereitstellung von Sicherheit, Recht und Ordnung zu nennen. Da dies aber nur ein absolutes Mindestmaß bedeuten kann, gilt es vor allem wirtschaftliche *Performance*, anhand von Indikatoren wie Arbeitslosenzahlen, Reallöhne, Preissteigerungen und Wirtschaftswachstum, zu analysieren. Dafür eignen sich Datenbanksysteme des Internationalen Währungsfonds, International Labor Organisation und der Weltbank. Es ist dabei aber

⁸ Es ist anzunehmen, dass das ägyptische Regime bei der Umfrage der World Values Survey keine kritischen Fragen zuließ.

weiterhin wichtig, dass diese Ergebnisse, auch mit der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung, abgeglichen werden.

3.2.3. Akte der Zustimmung

Akte der Zustimmung oder Ablehnung spiegeln sich unter anderem in der Wahlbeteiligung bei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, in der Zahlungsmoral von quasi-freiwilligen Steuern (Gilley 2006b, 523), sowie im Auftreten von Demonstrationen wieder. Da in autoritären Regimen die Wahl an sich, sowie die Stimmabgabe für die Regierungspartei gleichfalls Zustimmung zum System ausdrücken, sollte auch letztere mit einbezogen werden

Die, im Vorherigen genannten, Indikatoren sollen im Folgenden auf die Legitimitäts-Problematik des Mubarak Regimes angewandt werden. Um dies jedoch in vollem Umfang durchführen zu können, ist es notwendig, zunächst die Funktionslogik des Regimes Mubarak zu beschreiben.

3.3. Die Zusammensetzung des Mubarak-Regimes

Das Mubarak-Regime setzte sich vor allem aus dem engeren Führungskreis, in dessen Zentrum Mubarak stand, der Regierungspartei NDP⁹, dem Militär, welches die Regierung entscheidend stützte und sogenannten *crony-capitalists*¹⁰, zusammen. Zu dieser Interessensgemeinschaft muss auch die im öffentlichen Sektor beschäftigte Mittelschicht gezählt werden, welche lange Zeit durch die großzügige Einstellungspraxis der Regierung profitierte (Richter 2007, 176).

3.3.1. Charakteristik des Regimes

Die wissenschaftliche Literatur ist sich weitgehend einig (u.a. Schlumberger 2008; Pawelka 2002; Demmelhuber, Roll 2007), dass es sich bei Mubaraks Herrschaft um ein *neopatrimoniales* Regime handelte. In Webers Typologie bilden patriarchale Regime einen Subtyp der traditionellen Herrschaft (Weber 1972, 133). Neopatrimonialismus bezeichnet eine Mischform aus patriarchaler und rational-legalistischer Herrschaftsordnung. Dabei wird die Herrschaftsbeziehung zwischen Herrschern und Beherrschten im patrimonialen Typus auf denjenigen des rational-legalistischen Typus übertagen, was dazu führt, dass der Verwaltungsstab als Dienerschaft oder Untertanen betrachtet wird, obwohl der Staat über legale Institutionen verfügt (Schlumberger 2008, 111; Clapham 1985, 48; Bratton, van der Walle, 1997, 62). Gilley formuliert treffend, dass in solch einem Fall „[...] the government has ‘captured’ the state“ (Gilley 2006b, 501). Bei neopatrimonialen Regimen handelt es sich um autoritäre Regime, welche sich unter anderem durch eine „Abgeschlossenheit des politischen Regimes gegenüber gesellschaftlichen Kräften“ (Schlumberger 2008, 111) auszeichnen. Durch verschiedene

⁹ Nationaldemokratische Partei (Ägyptens)

¹⁰ *Crony* ~ Kumpane (umgangssprachlich). Es handelt sich dabei um eine kapitalistische „Clique“, die eng mit dem Machthaber verbunden ist.

Strategien schaffen es diese Regime jedoch, wichtige gesellschaftliche Gruppen an sich zu binden. Im Falle Ägyptens verlief dies weitgehend über Patronage und Klientelismus.

3.3.2. Elitenkonstellationen und Ressourcenverteilung

Die Regierungspartei NDP (ebenso wie das Parlament) bot dem Regime die Möglichkeit interne Streitigkeiten beizulegen (Masoud 2011, 22). Dadurch konnte das Klientelnetzwerk organisiert und eine soziale Basis der Herrschaft geschaffen werden (Kienle 2001, 8). Die Elitengruppe der *crony-capitalists* war eng mit der NDP verbunden. Die wichtigsten Verbindungen zwischen Ägyptens politischer Führung und den *crony-capitalists* waren jedoch Mubaraks Söhne Alaa und Gamal. Die 1995 eingeleitete Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik brachte im Grunde eine Verschiebung von staatlichen Ressourcen auf einige wenige Begünstigte des Regimes, welche fortan Monopolstellungen auf dem Markt innehatten (King 2007, 439-440). Diese Gruppe wurde auch oft als *rent-seeking elite* beschrieben, da ihr primäres Ziel der Zugang zu staatlichen Ressourcen ist (Blaydes 2011, 7).

Ärmere Schichten und die Mittelschicht wurden zum einen durch stark subventionierte Grundnahrungsmittel und kurzfristige finanzielle Vorteile vom Regime abhängig gemacht. Die Subvention von Brot trug dabei erheblich zum sozialen Frieden des Landes bei, wurde aber aufgrund des steigenden Bedarfs immer kostspieliger (Saevurakis, Abdel-Haleim 2006, 37; 40; 43). Außerdem wurden durch die hohe Einstellungsquote im öffentlichen Dienst große Teile der Mittelschicht an das Regime gebunden. Der Sozialvertrag Ägyptens beruhte daher hauptsächlich auf der Befriedigung materieller Bedürfnisse der Bevölkerung durch den Staat (Richter 2007, 183; 186 ;187). Die konkrete Verteilung erfolgte vor allem über informelle Patronagekanäle, welche dem Regime eine hohe Integration von Staat und Gesellschaft ermöglichten (Dorman 2009, 435; Harders 2008, 3).

Patronage und Klientelismus führen zu Ineffizienzen und hohen Kosten, welche Ägypten in der Vergangenheit unter anderem durch Renteneinnahmen aus dem Export von Erdöl finanzieren konnte. Die Erdölreserven Ägyptens sind jedoch im regionalen Vergleich relativ beschränkt. Das Regime verfügte dennoch über einige weitere ständige Einnahmen aus der Kontrolle über den Suez-Kanal, Tourismus, Baumwolllexporte, Transferzahlungen aus den Golfstaaten, Rücküberweisungen von Auswanderern und Militärhilfen durch die USA. (Richter 2007, 182)

Eine der wichtigsten Stützen des Regimes war weiterhin das Militär, welches unter der Bevölkerung relativ hohes Ansehen genoss (Hanna 2009, 106). Es garantierte die Fähigkeit des Regimes zur Repression und stellte deshalb einen entscheidenden Faktor für dessen Stabilität dar (Richter 2007, 183-184). Außerdem konnte es im Laufe der Zeit auch große wirtschaftliche Bedeutung erlangen, welche es zu einem starken gesellschaftlichen Akteur machte. Das Militär war daher relativ unabhängig, hatte aber unter Mubarak große Privilegien inne und war deshalb so lange wie möglich

an der Aufrechterhaltung des Status Quo interessiert (Droz-Vincent 2007, 210). Dabei waren die Hauptanliegen der Frieden mit Israel und die Unterstützung der USA, welche aber von großen Teilen der Bevölkerung nicht geteilt wurden (Masoud 2011, 25-26).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Legitimität des Mubarak-Regimes nicht auf strukturellen Prinzipien wie Tradition oder Religion beruhte, sondern hauptsächlich durch Umverteilung und Klientelismus gesichert wurde. Klientelismus kann damit als Instrument zur Erfüllung des Sozialvertrages (Siehe 4.3.2.) betrachtet werden. Dadurch konnte sich das Regime *bedingte Legitimität* (2.2.4.3.) sichern.

3.3.3. Institutionelle Veränderungen des letzten Jahrzehnts

In den 90er Jahren kam es in Ägypten zu eingeschränkten Liberalisierungen, welche vor allem Großkapitalisten begünstigten. Auf Druck der USA hin, welche seit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 in Ägypten einen wichtigen Verbündeten im Kampf gegen den Terrorismus sahen, kam es seit 2004 wiederum zu wirtschaftlichen und politischen Reformen. Jedoch waren diese nicht nur auf externen Druck zurückzuführen, sondern auch als machtpolitische Anpassungsstrategie des Regimes zu werten (Demmelhuber; Roll 2007, 8; 28). Eine wichtige Rolle spielte dabei Mubaraks Sohn Gamal Mubarak, welcher einen maßgeblichen Einfluss bei der Durchführung der wirtschaftlichen Reformen hatte. Diese forcierten Privatisierungen und eine Öffnung des Finanzmarktes, wobei die ägyptische Wirtschaft nicht wettbewerbsfähiger wurde, sondern noch stärker von Monopol- und Oligopolstrukturen beherrscht wurde (Demmelhuber; Roll 2007, 9; 12).

2005 und 2007 kam es zu politischen Reformen, wobei Artikel 76 der ägyptischen Verfassung geändert wurde. Demnach wurde der Präsidentschaftskandidat nicht mehr von der Volksversammlung gewählt, sondern konnte in einem Referendum direkt vom Volk gewählt werden. Dadurch konnten bei den ersten Präsidentschaftswahlen 2005, neben Mubarak, auch andere Kandidaten antreten (Jakob-Szidzek 2006, 108). Die Opposition wurde aber dennoch in beiden Wahlen massiv behindert und unterdrückt. Zudem wurden hohe Hürden für die Präsidentschaftskandidatur geschaffen, welche eine Kandidatur vor allem für die Muslim Bruderschaft unmöglich machten (Demmelhuber; Roll 2007, 15,16).

Die eingeleiteten Reformen stellten demnach primär eine Umstrukturierung der politischen Machtbasis des Regimes dar. Weiterhin wurde versucht, die Herrschaft und eine mögliche Sukzession Gamal Mubaraks, wenigstens teilweise, demokratisch zu legitimieren (Ibid, 5; 9).

3.4. Anwendung des Modells: Feststellung des Legitimitätsverlustes 2000 – 2010

In Bruce Gilleys (2006b) länderübergreifender Analyse erreicht Ägypten (auf Datensätze von 2000 bezogen) das erstaunlich gute Ergebnisse von 5,01¹¹ und liegt damit auf Platz 40 von 72 im Mittelfeld der Rangliste. Bei der rein auf Einstellungen bezogenen Wertung erreichte es sogar das absolut beste Ergebnis von 8,64. Es ist jedoch fraglich, ob es sich dabei um strukturelle Legitimität handelt, oder nicht eher um die von Lamb definierte Kategorie der bedingten Legitimität. Doch selbst in diesem Fall, oder bei geringen Messfehlern Gilleys, kann davon ausgegangen werden, dass das Regime über eine ausreichende Legitimitätsgrundlage verfügte. Umso erstaunlicher muss es erscheinen, dass Mubaraks Regime knapp ein Jahrzehnt später sämtliche Legitimität verloren zu haben schien. Die großflächigen Demonstrationen und die Besetzung des Tahir Squares in Kairo 2010, welche zum Rücktritt Mubaraks führten, können als Indikatoren für den historischen Legitimitätsverlust des Regimes gewertet werden. Dieser Verlust ist weiterhin nicht nur in den Augen der Bevölkerung zu verorten, sondern auch entscheidende Eliten wie das Militär und die Regierungspartei NDP wandten sich von Mubarak ab. Hier soll nun geprüft werden, ob schon in den Jahren vor 2010 Legitimitätsverluste zu verzeichnen waren, wobei darauf hingewiesen werden muss, dass Indikatoren für politische Legitimität in den meisten Fällen auch Teile von erklärenden Variablen für letztere darstellen. So sind zum Beispiel Demonstrationen gegen die Regierung ein Indikator für Legitimitätsverlust und gleichzeitig auch ein Teil von dessen Ursache.

3.4.1. Legitimitätsverlust im Bereich der legalen Herrschaftsausübung

Es fällt relativ schwer die Legalität der Herrschaft des Mubarak-Regimes zu beurteilen, da das oberste Verfassungsgericht nicht über vollständige Unabhängigkeit verfügt (Albrecht 2007, 66) und Ägyptens Verfassung sowie deren Änderungen außerdem nie den Sinn erfüllen sollten, die Macht der Regierung einzuschränken (Reza 2007, 552). Zwar schützt die ägyptische Verfassung die meisten Grund- und Freiheitsrechte, jedoch können diese im Falle eines Notstandes eingeschränkt werden. Dieser Notstand besteht in Ägypten seit 1981 fortlaufend. Durch Gesetz 25/1966 Artikel 6 kann die Militärgerichtsbarkeit auch auf Zivilisten ausgeweitet werden (AHDR 2009, 62). Davon betroffen sind vor allem Regimegegner (Moustafa 2003, 886). Auch das Oberste Verfassungsgericht Ägyptens, welches ansonsten einen relativ unabhängigen Status besaß, solange es die Kernbereiche der Machtpolitik nicht antastete, erklärte die Notstandsgerichte für verfassungskonform (Ibid). Im Jahr 2000 übte es dagegen heftige Kritik am Ablauf der Wahlen und forderte richterliche Wahlüberwachung. Dieses Urteil wurde jedoch bei der Verfassungsänderung 2007 durch Mubarak wieder aufgehoben (Jakob-Szidzek 2006, 109). Unabhängig davon kam es in vielen Fällen mehr oder

¹¹ Diese Zahlen sind das Ergebnis einer quantitativen Evaluation von Legitimität und dienen hauptsächlich dem staatenübergreifenden Legitimitätsabgleich. Im Vergleich dazu: Bestes Ergebnis: Dänemark 7,62; schlechtestes Ergebnis: Russland 2,27

weniger öffentlich zum Gesetzesbruch durch die Regierung. Dies war insbesondere im Falle von Wahlbetrug zu beobachten (Blaydes 2006, 1-19). Dadurch, dass Wahlen auf dem politischen Spielfeld und damit im Wettbewerb um staatliche Ressourcen, sowie in der Sukzessionsfrage eine größere Bedeutung einnahmen, häuften sich Wahlbetrug und Repression der Opposition (Blaydes 2008,1). So kam es im Beobachtungszeitraum im Vorfeld von nahezu allen Parlaments- und Kommunalwahlen, wie auch der Präsidentschaftswahl zu Massenverhaftungen von Oppositionellen, darunter vor allem Mitglieder und Kandidaten der Muslim Bruderschaft (HRW 2010) .

Das schlechte Abschneiden in der legalen Herrschaftsausübung des Mubarak Regimes wird außerdem in der Wertung des Freedom House Index illustriert. Dabei konnte Ägypten zwar im Bereich *Civil Rights* eine geringe Verbesserung von 6 auf 5 ¹²erzielen, bei *Democratic Rights* hingegen blieb die Wertung unverändert auf 6 (*not free*)(FH, 2011). Durch diese Ergebnisse lässt sich jedoch keine Veränderung in Bezug auf die Legalität der Herrschaft nachweisen. Objektive Kriterien liefern hier demnach nur tendenzielle Hinweise, jedoch keine eindeutigen Ergebnisse.

Umfrageergebnisse weisen in diesem Fall keine konkrete Veränderung in der Legalität der Herrschaft nach. Der Corruption Perceptions Index verzeichnete im Zeitraum von 2000 bis 2009 einen leichten Anstieg in der Wahrnehmung von Korruption von (von 3,1 auf 2,8 (2009)), wobei diese aber 2010 wieder auf den Wert von 3,1 zurückging (Transparency International 2009). Es muss jedoch beachtet werden, dass es sich bei diesen Werten, im internationalen Vergleich, um sehr schlechte Ergebnisse handelt. Auch das Vertrauen in die Bürokratie (*civil services*) weist keine signifikanten Veränderungen auf (WVS).

Das ägyptische Regime hat im Beobachtungszeitraum in der Legalität seiner Herrschaftsausübung vor allem durch Wahlbetrug an Legitimität eingebüßt. Dabei war die Gesetzeskonformität der Herrschaft schon lange zuvor, durch Korruption und auf Notstandsgesetzgebung beruhender Rechtsprechung, konstant auf niedrigem Niveau. Weiterhin nahm die öffentliche Wahrnehmung von Menschenrechtsverletzungen dieser Vergehen durch digitale Medien zu (Al Ezzi, El-Sheikh, Marwan, u.a. 2008, 5).

3.4.2. Legitimitätsverlust durch Missachtung geltender Werte

3.4.2.1. Religiöse und materielle Werte

Säkularismus war (und ist) in Ägypten seit langem eine entscheidende gesellschaftliche Bruchlinie. Eine eindeutige Aussage, ob Ägypten ein säkularer oder religiöser Staat ist, lässt sich nicht treffen, da in einigen Bereichen säkulare Politik und Religion ineinander übergehen (Agrama 2010, 521). Ägyptens Eliten, insbesondere das Militär, *crony-capitalists* und der Kern des Regimes sind hauptsächlich säkular geprägt (Albrecht 2006, 14). Vor allem das Militär war in der Vergangenheit für

¹² Freedom House Skala von 1 bis 7

seine radikale Haltung gegenüber den Islamisten bekannt (Ibid, 23). Mubaraks Politik musste also einerseits einem säkularem Anspruch genügen, andererseits aber auch die, in der Bevölkerung weit verbreiteten religiösen und islamistischen Einstellungen, berücksichtigen. Durch eine säkulare Rechtsprechung sollten beispielsweise internationale Standards erfüllt werden, um externem Druck entgegenzuwirken (Berger, Sonneveld 2010, 51) während man den moderaten Islamisten in anderen Bereichen, wie zum Beispiel bei der Gründung von Wohlfahrtsorganisationen (Pioppi 2007, 135) Zugeständnisse machte. Ägyptens Gesellschaft jedoch ist stark religiös geprägt¹³, wobei es nach dem abklingen des *Arabischen Nationalismus* nach Nassers Tod, seit langem einen Trend zur Re-Islamisierung gibt (Dekmejian 1980, 3; 10). Nichtsdestotrotz besitzt die Gesellschaft einen, für diese Umstände, relativ hohen Modernisierungsgrad, was unter anderem durch die jahrzehntelange Modernisierungspolitik unter Nasser und Sadat, ebenso wie die Liberalisierungsprozesse in den 90er Jahren, zu erklären ist. Materialistische Werte¹⁴ bilden zusammen mit religiösen Überzeugungen den zentralen Wertekomplex. Dabei ist es wichtig festzustellen, dass ein informeller Sozialvertrag zwischen Regime und Gesellschaft besteht, der zu großen Teilen auf Prinzipien der Umverteilung beruht (Richter 2007, 183).

Die Muslim Bruderschaft (MB) stellte die einzige organisierte Opposition zu Mubaraks Regierung dar. Sie profitierte vom staatlichen Rückzug aus sozialen Bereichen durch die Bereitstellung von islamischen Wohlfahrtsorganisationen (Davis, 2009, 1321). Genaue Daten über den Zulauf der Partei sind durch deren Verbot bis 2005 und der bis zum Umsturz andauernden Repression nicht verfügbar. Dennoch lässt sich anhand der ersten Wahlergebnisse im Dezember 2011, welche die MB zur stärksten Partei – gefolgt von den Salafisten – machten, abschätzen, wie viel Sympathie schon während der Zeit Mubaraks für die MB bestand. Die Bedeutung der MB zeigt, dass viele Ägypter mehr Einfluss von Religion auf die Politik befürworteten. Da das Regime diesen Wünschen kaum nachkam musste es an Legitimität einbüßen.

3.4.2.2. Verlust von *Performance-Legitimität*

Das Mubarak Regime musste in der Zeit zwischen 2000 und 2010 erheblich an *Performance-legitimität* einbüßen. Zwar konnte ein moderates Wirtschaftswachstum generiert werden, aber dies reichte bei weitem nicht aus, um vor allem erstmalig Arbeitssuchende in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Um die jährlich 700 000 Neuzutritte auf dem Arbeitsmarkt aufnehmen zu können, wäre ein permanentes Wachstum von 7 % des BIP nötig gewesen (Demmelhuber; Roll 2007, 11). Während die allgemeine Arbeitslosenquote sogar von 11,5 % (2000) auf 9,7 % (2010) sank, verblieb die Jugendarbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Zwischen 1998 und 2006 stieg der Anteil der erstmalig Arbeitssuchenden an den Arbeitslosen von 74 % auf 82 % (Assaad 2008, 161). Die

¹³ World Values Survey 2008 FrageV9: Importance of religion: 92 % antworteten mit *Very Important*.

¹⁴ World Values Survey 2008 Frage Y002: Post Materialist Index.

Jugendarbeitslosigkeit lag im Zeitraum von 2000 bis 2005 stets zwischen 30 % und 40 % und verzeichnete insgesamt einen leichten Rückgang (Hassan, Sassanpour, 2008). Andere Quellen sprechen von Jugendarbeitslosenzahlen von 49 % (2008) (Apt 2011), wobei aber unterschiedliche Bemessungsgrundlagen zu berücksichtigen sind. Weiterhin ist die Arbeitslosenquote für junge Frauen signifikant höher, als jene für junge Männer (Assaad 2008, 141-145), was auf geschlechtliche Diskriminierung schließen lässt.

Mit den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt hängt auch die Stagnation der Reallöhne, welche zwischen 2001 und 2007 nur um 0,14 % anstiegen, zusammen. Im Vergleich dazu stiegen sie in den fünf Jahren zuvor um 8,62 % (ILO, 2008). Im Beobachtungszeitraum von 2000 bis 2010 kam es außerdem zu erheblichen Schwankungen im Preisniveau. Lag die Inflationsrate im Jahr 2000 noch bei 2,8 %, so kam es zwischenzeitlich, wie zum Beispiel im Jahr 2009, zu Inflationsraten von 16,2 % (IWF). Diese Preisschwankungen betrafen auch die Brotpreise, welche direkten Einfluss auf den Wohlstand der ärmeren Bevölkerungsschichten hatten. Die Subventionspolitik der Regierung konnte die Schwankungen nur teilweise abfedern (Salevurakis, Abdel Haleim 2008, 46-47), was eine der Ursachen für die Hungerrevolten im April 2008 darstellen kann. Diesen Entwicklungen entsprechend stieg die Anzahl der Ägypter, welche unterhalb der Armutsgrenze lebten, von 16,7 % (1999/00) auf 21,6 % (2008/09) (OECD 2011).

In diesem Zusammenhang ergaben Umfragen des *Pew Global Attitudes Projects*, dass die Ägypter mit der politischen Ausrichtung des Landes seit 2006 immer unzufriedener wurden, ebenso bewerteten sie die Wirtschaftssituation seit 2006 von Jahr zu Jahr schlechter.¹⁵

Zusammenfassend wurde deutlich, dass das ägyptische Regime an politischer Legitimität in Bezug auf die Rechtfertigung der Herrschaft vor verbreiteten Werten und Glauben, verloren hat. Da aussagekräftige Umfragewerte nicht vorhanden waren (was an sich schon auf, für das Regime negative Erwartungen schließen lässt), können Aussagen über religiös-politische Meinungen nur begrenzt getroffen werden. Durch den Zulauf, den die Muslim Bruderschaft nach dem Sturz des Regimes hatte, lässt sich jedoch annäherungsweise bestätigen, dass das Regime mit der Unterdrückung der islamischen Opposition entgegen gängiger Wertvorstellungen gehandelt hat. Der Verlust von Performance-Legitimität ist hingegen von großem Ausmaß und eindeutig belegbar.

3.4.3. Legitimitätsverlust durch Akte der Ablehnung

Die Wahlbeteiligung der registrierten Wähler bei Parlamentswahlen ist in Ägypten seit 1995 stark gesunken¹⁶. Noch aufschlussreicher ist die Wahlbeteiligung der Wähler im wahlberechtigten Alter

¹⁵ 2006 antworteten 55 % der Befragten auf die Frage „How satisfied are you with the countries direction?“ mit „satisfied“ während 2010 nur noch 28% zufrieden waren. (Pewglobal.org)

(also auch jene die nicht registriert sind). Demnach wählten bei den Parlamentswahlen 2010 nur 16 % dieser Gruppe. 2005 waren es noch 20 % (IDEA 2011). Die Regierungspartei NDP konnte im Jahr 2000 388 von 444 Sitzen auf sich vereinigen. Im Jahr 2005, als die MB zum ersten Mal zur Wahl zugelassen wurde, erreichte die NDP 311 Sitze während die MB 88 erreichen konnte (Electionguide.org). Die Daten über Wahlbeteiligung und Stimmabgabe müssen aber mit Vorsicht beurteilt werden, da es während und vor den Wahlen verstärkt zu Repression und Stimmenkauf kam (Blaydes, 2006, 2-19). Es ist jedoch auffällig, dass es dem herrschenden Regime trotz Wahlpflicht und Stimmenkauf nicht gelang, eine größere Wahlbeteiligung zu erreichen.

Die ersten Präsidentschaftswahlen in der Geschichte Ägyptens an der sich mehr als ein Kandidat zur Wahl stellte – 2005 – hatten eine ebenfalls sehr geringe Wahlbeteiligung von 23 % der registrierten Wähler und 16 % der Wähler im wahlberechtigten Alter. Mubarak wurde mit 88 % der Stimmen wiedergewählt (IDEA 2011). Auch hier muss berücksichtigt werden, dass die Ergebnisse durch Wahlbetrug verfälscht wurden.

Das Regime geriet seit 2004 zunehmend unter Druck, als die Bewegung *Kifaya* (arab.: Genug!) gegründet wurde, welche erstmals öffentlich Kritik an Mubarak übte und damit anderen Protestbewegungen den Weg bereitete (Masoud 2011, 21). Liberalisierungspolitik und Preissteigerung verursachten 2006 heftige und lang andauernde Arbeiterproteste, vor allem in der Textilindustrie. Zeitungen schätzten, dass es in diesem Jahr 222 Sit-ins, Demonstrationen und Hungerstreiks gab (El-Hamalawy 09.05.2007). 2008 wurde ein Generalstreik ausgerufen, welcher durch ein massives Aufgebot von Sicherheitskräften und das Verteilen von Brot eingedämmt werden konnte. Initiatoren waren wiederum Textilarbeiter, welche von den Privatisierungen besonders hart getroffen wurden. (BBC.com).

Es ist nachweisbar, dass es in Ägypten zwischen 2000 und 2010 zu Akten kam, welche die Ablehnung des Regimes eindeutig ausdrückten. Die Wahlbeteiligung verringerte sich im Beobachtungszeitraum von Wahl zu Wahl und Demonstrationen traten häufiger und intensiver auf. Zudem wurde das Regime durch Bewegungen wie *Kifaya* direkter kritisiert. Der Verlust von politischer Legitimität des Regimes ist deshalb im Bereich der Zustimmung nachweislich gegeben.

4. Gründe für den Legitimitätsverlust

Im Vorherigen wurde erwiesen, dass das Mubarak-Regime im Zeitraum von 2000 bis 2010 an politischer Legitimität verloren hat. Die Gründe für diesen Verlust sind vielseitig und, wie auch das Konzept der Legitimität an sich, nicht immer eindeutig. Durch die verwendeten Indikatoren zur Legitimitätsmessung können wichtige Hinweise auf die Ursachen des Legitimitätsverlustes abgeleitet

¹⁶ 1995 Wählten 48 % der Registrierten Wähler, 2000 gab es keine Angaben, 2005 wählten 28 % und 2010 27 % (IDEA 2011)

werden. Das zuvor verwendete Analyseraster muss jedoch noch erweitert werden, denn um den Legitimitätsverlust des Mubarak Regimes angemessen analysieren zu können, müssen zwei Arten von Legitimitätsbeziehungen untersucht werden. Neben der Beziehung zwischen der Bevölkerung und dem Regime, ist vor allem auch die Beziehung zwischen dem Machtzentrum des Regimes und den Eliten, die es umgeben, wichtig, um dessen Legitimitätsbasis in seiner Gesamtheit zu erfassen.

4.1. Legitimitätsbeziehung zwischen dem Regime und den Eliten

Es ist nicht unproblematisch, bei der Beziehung von Eliten zu einem Regime, von Legitimität zu sprechen, da es sich dabei oft um eine Interessensgemeinschaft (Weber 1972, 123) handelt. Dies gilt vor allem in autoritären Staaten. Die Eliten in Ägypten waren bei der Aneignung von staatlichen Ressourcen im Wesentlichen auf ihren eigenen Vorteil bedacht (Richter 2007, 186), jedoch wurden die dadurch erzielten Gewinne, durch ein weit verzweigtes Patronagenetzwerk auf eine größere Zahl von Begünstigten verteilt. Dadurch konnte das Regime zumindest politische Unterstützung, bzw. bedingte Legitimität erlangen. Diese Art von Legitimität ist durchaus schwächer und unzuverlässiger als strukturelle Legitimität, dennoch verfügt das Regime dadurch über mehr Legitimität in den Augen wichtiger gesellschaftlicher Gruppen, als etwaige Gegenmodelle, oder die Opposition (Droz-Vincent 2007, 207). In diesem Fall kann deshalb auch von *negativer Legitimität*¹⁷ gesprochen werden.

Die bedeutendste Elite stellte in Ägypten das Militär dar, da sich seit dem Militärputsch des „Komitees der Freien Offiziere“ 1952 alle Herrscher aus den Reihen des Militärs rekrutiert hatten und es weiterhin die zentrale Stütze jeder Regierung darstellte (Siehe 3.3.2.). Durch die Vergünstigungen und Vorteile, die das Militär genoss, war es lange Zeit an der Aufrechterhaltung des Status Quo interessiert. Doch die institutionellen und wirtschaftlichen Veränderungen, vor allem seit Mubaraks Sohn Gamal Mubarak als möglicher Nachfolger aufgebaut werden sollte, brachten für das Militär große Nachteile mit sich (Hanna 2009, 106). Die Person Gamal Mubaraks stellte dabei ein großes Problem dar und war sinnbildlich für die Umstrukturierung der politischen Machtbasis des Regimes. Als ehemaliger Investmentbanker hatte Gamal kaum Zugang zu Ägyptens Militär und setzte deshalb auf die Unterstützung der Wirtschaftseliten (Demmelhuber; Roll 2007, 5, 21). Er trieb den wirtschaftlichen Reformprozess entscheidend voran und baute ebenso seine Machtposition in der NDP aus (Ibid, 9). Die durchgeführten Liberalisierungen und Privatisierungen banden die *crony-capitalists* enger an den zentralen Machtapparat, was unweigerlich negative Folgen für die Machtposition des Militärs haben musste. Auch die politischen Reformen wirkten sich für das Militär nachteilig aus, da die neuen rechtlichen Bestimmungen aktive Einmischung des Militärs in den politischen Prozess erschwerten (Hanna 2009, 106). Für eine weitere Verdrängung des Militärs aus der Politik spricht auch, die Stärkung der Regierungspartei NDP, welche Gamal politischen Rückhalt und durch die

¹⁷ Siehe 2.1.3. Fußnote 3

eingeführte Direktwahl des Präsidenten, die Präsidentschaftsnachfolge sichern sollte (Jakob-Szidzek 2006, 113).

In der damaligen Situation war es schwer zu beobachten, wie das Militär diese Änderungen aufnahm. Manche Autoren (u.a. Hanna 2009, 106-107 und Richter 2007, 183-185) machten darauf aufmerksam, dass das Militär für seine politische Marginalisierung durch großzügige materielle Leistungen und verbesserte Möglichkeiten der industriellen Tätigkeit, entschädigt wurde. Aus der Retrospektive kann jedoch vermutet werden, dass sich das Militär mit seiner neuen Rolle nicht zufrieden gab und das Mubarak-Regime dadurch in den Augen des Militärs an (bedingter) Legitimität verlor.

4.2. Illegale Herrschaftspraxis

Die Legalität der Herrschaft wird vor allem durch die Notstandsgesetzgebung eingeschränkt. Diese ist, zwar in der Verfassung vorgesehen, doch ist fraglich ob es im Sinne der Verfassung sein kann, wenn dieser Notstand über 30 Jahre bestehen bleibt. Diese Tatsache geriet zunehmend in die Kritik und war beispielsweise eines der Hauptanliegen des „April 6 Youth Movement“, dessen Demonstration am 6. April 2010 durch ein massives Polizeiaufgebot niedergeschlagen wurde (HRW 2010, 3). Seiner Ankündigung 2005, den Notstand aufzuheben und durch eine präzisere Terrorismusgesetzgebung zu ersetzen, kam Mubarak nicht nach, stattdessen wurde der Notstand auch 2008 und 2010 verlängert (Ibid).

Die Einschränkungen der Bürgerrechte, welche der Notstand gewährte, wurden vor allem bei Wahlen in großem Umfang genutzt (HRW 2010, 3) und machten letztere damit zu einer Farce. Wahlen in Ägypten erfüllten zu keiner Zeit jene Kriterien, welche nötig sind um Wahlen als „sauber“ und demokratisch bezeichnen zu können. Da es jedoch durch internationalen Druck seit 1995 zu Liberalisierungen und 2005 zu einer sehr begrenzten Demokratisierung kam, rückten Wahlen stärker als zuvor in das Blickfeld von Regierung und Bevölkerung. Da Wahlen an Stellenwert gewannen, wurden sie härter umkämpft und Wahlbetrug, Repression, sowie Wahlkampfgeschenke nahmen zu (Human Rights Watch 2010; Blaydes 2006, 1-19). Die öffentliche Wahrnehmung dieser Ereignisse stieg durch vermehrte Berichterstattung von Al-Jazeera, Zeitungen, sowie über Internetforen, Blogs und Facebook. Vor allem vor und nach den Parlamentswahlen 2010 kam es zu gewalttätigen Auflösungen von Demonstrationen, zur Einschränkung der Pressefreiheit, Inhaftierung von Aktivisten und zu Polizeigewalt (Masoud 2011, 24; HRW, 2010). Der prominenteste Fall war die Ermordung des Bloggers Khaled Said, welcher auf offener Straße von Polizisten erschlagen wurde (HRW 2010). Über die neuen digitalen Medien ließen sich diese Menschenrechtsverletzungen schneller und weiter verbreiten als zuvor, was in vielen Fällen zu öffentlichem Diskurs führte (Al Ezzi, El-Sheikh, Marwan, u.a. 2008, 5).

Zu dieser Entwicklung passt auch die Wahrnehmung von Korruption durch die Bevölkerung. Diese nahm zwar nur leicht zu (Siehe 3.4.1.), befand sich aber schon seit längerer Zeit auf sehr hohem Niveau, sodass sie durchaus als strukturell bezeichnet werden kann. Was in dieser Hinsicht jedoch eine größere Rolle spielte, war die Tatsache, dass die, durch die politischen Reformen aufgewerteten Institutionen wie das Parlament, oder die NDP, als „abode of swindlers“ (Masoud 2011, 24) betrachtet wurden, was diese in den Augen der Bevölkerung stark delegitimierte. Diese Tatsache erklärt wiederum die extrem niedrige Wahlbeteiligung (Siehe 3.4.3.).

Da auch inoffiziell geltende Regeln berücksichtigt werden müssen, muss an dieser Stelle auf die Bedeutung des Sozialvertrages der ägyptischen Gesellschaft hingewiesen werden (ausführlicher: siehe: 4.3.2.). Der Bruch dieses Vertrages stellt einen weiteren Grund für den Legitimitätsverlust des Regimes dar.

Es lässt sich keine eindeutige Aussage darüber treffen, ob das Regime im beobachteten Zeitraum wesentlich öfter gegen geltendes Recht und Menschenrechte verstoßen hat als zuvor, jedoch wurden die Verstöße öfter publik, was die Regierung, sowie deren Institutionen in den Augen der Bevölkerung diskreditierte. Daher kam es im Bereich der Legalität zu einem Legitimationsverlust des Regimes.

4.3. Missachtung und Bruch gesellschaftlicher Werte und Normen

4.3.1. Religion und Glauben

Die tiefe Diskrepanz zwischen dem relativ säkularen Anspruch des Regimes und der weit verbreiteten und tief verwurzelten Religiosität der Ägypter, nötigte schon Anwar Sadat die Re-Islamisierungstendenzen unter der Bevölkerung aufzugreifen und die Sharia zur Basis der Rechtsprechung zu machen (Otto 2010, 62). Sie wurde jedoch nie vollkommen angewandt. Der Rückbezug auf den Islam ist eine Konsequenz aus dem Scheitern des arabischen Nationalismus beziehungsweise *Nasserismus* und führte schon früh zu Legitimitätskrisen, da es der Führung nicht gelang, traditionell-islamische Legitimität durch sekular-ideologische Legitimität zu ersetzen (Dekmejian 1980, 4). Nach der Ermordung Sadats 1981 durch militante Islamisten, ging sein Nachfolger Mubarak massiv gegen diese vor (Alterman 2000, 110). Der Islamismus sollte als potentiell gefährliche politische Kraft weitgehend ausgeschaltet werden, weshalb man die Trennung von Staat und Religion wieder forcierte. Gleichzeitig sollten die moderaten islamischen Kräfte in die Gesellschaft integriert werden, da der Islam große Bevölkerungsteile mobilisieren konnte. Dazu verfolgte Mubarak eine relativ inkohärente Doppelstrategie, bestehend aus Repression und Zugeständnissen (Rietberg 2011, 3-5). Da jedoch auch moderate Islamisten, wie die MB, teilweise massiver Repression ausgesetzt waren (Rietberg 2011, 6-7), wurde das Regime vielfach als anti-islamisch wahrgenommen und verlor dadurch an Legitimität.

4.3.2. Performance und Sozialvertrag

In (3.4.2.2.) wurde deutlich beschrieben, in welchem Maße die Regierungs-Performance des Regimes, vor allem im Ökonomischen Bereich, eingebrochen ist. Sofern strukturelle Legitimität vorhanden ist, kann ein Regime seine Stabilität nach Lipset (1960), auch bei schlechter Performance, in vielen Fällen wahren. Mubaraks Regierung konnte sich jedoch kaum auf strukturelle Legitimität stützen, da ihre Legitimität hauptsächlich auf Umverteilung und Klientelismus beruhte (Siehe 3.3.2.). Der Verlust von Performance-Legitimität hat nicht nur schlechte wirtschaftliche Leistungen zur Grundlage, sondern ist hauptsächlich durch den damit verbundenen Bruch des Sozialvertrages zwischen Regime und Gesellschaft, welcher auf materiellen Wohlfahrtsleistungen und Arbeitsplatzangebot durch den Staat beruhte, zu begründen.

4.3.2.1 Sozialverträge

Sozialverträge sind das Ergebnis von Verhandlungen zwischen gesellschaftlichen Akteuren über die Organisation der politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft (Heydemann 2007, 24; 25). Daraus können Normen resultieren, welche für alle Beteiligten verbindlich sind. Viele politische Systeme im Nahen Osten sind durch national-populistische Sozialverträge gekennzeichnet, welche durch die antikoloniale Massenmobilisierung zur Zeit der Staatsgründungen entstanden. National-populistische Sozialverträge sind nach Heydemann (2007) Verträge, welche auf Umverteilung, staatlicher Wirtschaftssteuerung, Protektionismus und politischer Einheit beruhen (Heydemann 2007, 31). Werden diese Leistungen erfüllt, so ist die Bevölkerung im Gegenzug zu Gehorsam verpflichtet. In vielen Fällen konnte sich die Arbeiterklasse während der Revolution wichtige Positionen sichern, was unter anderem in Ägypten zu der späteren Arbeitsmarktregulation und der Arbeitsplatzgarantie für Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst führte (Ibid 2007, 30). Über diesen Weg erhielten Prinzipien der Sozialpolitik und Umverteilung Einzug in die Normenstruktur des Sozialvertrages in Ägypten.

Der ägyptische Sozialvertrag kann daher durch die Aussage „It [the social contract] is centered on the commitment of the state to provide goods and services to the public in exchange for political docility and quiescence“ (Waterbury 1985, 69) treffend beschrieben werden. Schon in den 70er und 80er Jahren wurde der ägyptischen Regierung empfohlen, ihren durch die Ölkrise erwirtschafteten Außenhandelsüberschuss zu verwenden, um die Wirtschaft umzustrukturieren, sodass es möglichst sanft möglich wäre, sich von diesem kostspieligen Sozialvertrag zu lösen (Waterbury 1985, 81). Dies wurde aber damals für unnötig erachtet. Dementsprechend schwer musste es im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts fallen, diesen Schritt ohne ausreichende Devisenreserven nachzuholen.

Gleichwohl wurde die Anpassungsfähigkeit des Sozialvertrages oft als Erklärung für die Persistenz des ägyptischen Regimes herangezogen. Denn dadurch gelang es dem Regime, wie auch anderen in

der Region, durch ein informelles Netzwerk, Umverteilung bei gleichzeitiger Bevorzugung von Eliten und flexibler Koalitionsbildung, innerhalb des Wertekomplexes des Sozialvertrages, zu organisieren (Heydemann 2007, 33; 34; 35). Da es Mubaraks Regime nicht gelang, eine Form von struktureller Legitimität zu erlangen, wurde der auf Umverteilung basierende Sozialvertrag zur wichtigsten Legitimitätsquelle des Regimes.

4.3.2.2. Aufkündigung des Sozialvertrages

Der Sozialvertrag wurde schon durch Sadat mit der *Politik der offenen Tür* versucht aufzuweichen, wobei auch die Liberalisierungen in den 90er Jahren in diesem Kontext betrachtet werden können. Die entscheidenden Schritte aber wurden zwischen 2004 und 2010 durch die großen Privatisierungswellen unter dem neuen Ministerpräsidenten Nazif und Mubaraks Sohn Gamal durchgeführt (Demmelhuber; Roll 2007, 7; 9). Liberalisierungen und Privatisierungen bedeuteten im Fall Ägypten einen weiteren Rückzug des Staates aus sozialen Bereichen, was jedoch aufgrund der hohen Erwartungshaltung der Bevölkerung, zum Beispiel bei der Arbeitsplatzgarantie, unweigerlich zu sozialen Spannungen führen musste (Binzel 2010, 7-8). Ägypten verfügte weiterhin auch nicht über die Ressourcen, um den Übergang von der Staats- zur Privatwirtschaft zu *glätten*, zumal diese auch nach den Reformen im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähig war. Die Arbeitsplatzgarantie wurde zwar offiziell nicht aufgehoben, jedoch kam es zu Wartezeiten, was Neubewerber in die Situation versetzte, mehrere Jahre arbeitslos zu sein (Assaad 2008, 164-165). Dabei waren Universitätsabsolventinnen am stärksten betroffen, da diese Berufe im öffentlichen Sektor unelastisch nachfragten (das heißt, sich ausschließlich dafür bewarben) und außerdem bei der Vergabep Praxis benachteiligt waren (Binzel 2010, 6). Daher kam es bei dieser Gruppe zu durchschnittlichen Wartezeiten von sieben Jahren (Assaad 2008, 164). Im Angesicht einer großen Arbeitsplatzknappheit konnte der ägyptische Staat demnach eine Gleichbehandlung der Geschlechter noch weniger als zuvor gewährleisten. Aber auch gebildete Männer niedriger sozialer Schichten waren von dieser Entwicklung betroffen. Die soziale Mobilität innerhalb der ägyptischen Gesellschaft nahm daher in den letzten Jahren ab (Binzel 2010, 7). Dies verletzt Grundsätze der sozialen Gleichheit, welche sich im national-populistischen Sozialvertrag wiederfinden und schlägt sich durch die Rolle, die dem Staat in diesem Bereich (aus Sicht der Bevölkerung) zugeschrieben wird, direkt auf dessen *Performance* nieder.

Ähnlich wie bei der Arbeitsplatzvergabe wurde bei der Subvention von Grundnahrungsmitteln und den Importsubventionen auf Getreide verfahren. Der Versuch, diesen kostspieligen Budgetposten sukzessive abzubauen, blieb in der Bevölkerung keineswegs unbemerkt, da nicht nur ärmere Schichten, sondern auch große Teile der Mittelschicht von subventionierten Grundnahrungsmitteln abhängig waren. Ein Anstieg des Brotpreises hatte daher direkte Auswirkungen auf den Lebensstandard vieler Ägypter, was der Regierung direkt angelastet wurde (Salevurakis; Abdel-

Haleim 2006, 46). Brot wurde nicht nur geringer, sondern es wurde auch nur noch die unbeliebteste Sorte subventioniert, was die gefühlte Lebensqualität zusätzlich verschlechterte (ibid).

Während Wohlfahrtsleistungen und Beschäftigung im öffentlichen Sektor weiter abgebaut wurden, erhöhte das Regime die Subvention von Energie, wovon insbesondere wohlhabendere Schichten und Unternehmen profitierten (Demmelhuber; Roll 2007,13). Auch das Bildungs- und Gesundheitswesen wurde zusehends privatisiert, wodurch sich Leistungen in diesen Bereichen für die Bevölkerung verteuerten und die Grundsicherung erheblich an Qualität verlor (ibid; Binzel 2010, 8). Ein weiteres Phänomen, welches in diesem Zusammenhang genannt werden muss, ist die großflächige informelle Urbanisierung ägyptischer Städte und das Anwachsen der informellen Sektoren, welche die Umstrukturierung der ägyptischen Gesellschaft versinnbildlichen. All diese Faktoren führten zwangsläufig zu einer stärkeren Exklusion ärmerer Schichten und einem besser integrierten, hochprivilegierten elitären Kern (Dorman 2009, 435; Pioppi 2007, 130; 141-142).

4.3.2.3. Wurzeln und Entwicklung des Sozialvertrages

Modelle sozialen Ausgleiches und Umverteilung existieren in arabischen Staaten nicht erst seit dem arabischen Sozialismus, sondern waren in religiöser oder kultureller Ausprägung schon vorher vorzufinden. So wurde über die Prinzipien der *waqf* (islamische Wohlfahrtsstiftungen) und *asabiyya* (nomadischer sozialer Zusammenhalt), Umverteilung innerhalb und zwischen den Stämmen organisiert (Droz-Vincent 2004, 948; Pioppi 2007, 130). Nach dem Ende der Kolonialherrschaft übernahmen in den arabischen Gesellschaften die neugegründeten Staaten diese Aufgaben. Die Privatisierungspolitik des Mubarak-Regimes zielte auf eine Rückkehr zu traditionellen Formen von nicht-staatlicher Umverteilung ab (Pioppi 2007,130), wobei jedoch unweigerlich die Frage aufgeworfen werden musste, welche alternative Form von Legitimation das ägyptische Regime dann einnehmen könnte.

Wie in (3.4.2.2.) dargestellt, büßte Ägyptens Regime im Bereich der *Performance* stark an Legitimität ein. Die Aufkündigung des Sozialvertrages war eine notwendige Folge dieser Entwicklung. Jedoch stellt sich die Frage, warum das ägyptische Regime derart schlechte Performance lieferte und weshalb daraus der Bruch des Sozialvertrages resultierte. Dabei gilt es weiterhin zu erörtern, warum dieser Bruch solch radikale Folgen nach sich zog. Hierbei spielten demographische Faktoren ebenso wie die anstehende Sukzessionsproblematik und Veränderungen der medialen Vernetzung der Bevölkerung wichtige Rollen.

4.3.3. Ägyptens *Youth Bulge*

In der Vergangenheit konnten autoritäre Regime im Nahen Osten ihre Macht und Legitimität stets durch eine Mischung aus neopatrimonialer Patronage- und Klientelismuspolitik, welche durch externe

Renten finanziert wurden, aufrecht erhalten. Dies trifft für viele arabische Staaten immer noch zu, doch durchliefen einige von ihnen tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, welche diese Politik zunehmend schwieriger gestalteten. Eine dieser Veränderungen ist das Auftreten eines *Youth Bulges*.

4.3.3.1. Youth Bulges und ihre Problematik

Die Bezeichnung *Youth Bulge* (*bulge* engl. Ausbuchtung) beschreibt eine Ausbuchtung in der Bevölkerungsstruktur im Bereich der 15-24 Jährigen. Für Samuel Huntington existiert ein *Youth Bulge*, wenn diese Bevölkerungsgruppe mehr als 20 % der Gesamtbevölkerung ausmacht (Huntington 1996, 423). Andere Autoren sprechen von *Youth Bulges*, wenn die Zahl der 0-24 Jährigen mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung stellt (Fuller 2003, 6). Dabei wird der Begriff ausgedehnt, da einem *Youth Bulge* stets ein *Children Bulge* voraus geht.

Die Auswölbung der Bevölkerungspyramide wandert mit der Zeit durch die Altersstruktur, was die vorhandene gesellschaftliche Infrastruktur, welche auf geringere Bevölkerungszahlen ausgelegt ist, stark belasten kann. Zunächst besteht ein größerer Bedarf an Schulen und Ausbildungsplätzen, später an Universitäten und zuletzt, wenn der *Youth Bulge* in den Arbeitsmarkt eintritt, an Arbeitsplätzen und Wohnungen. Der hohen Zahl von jungen Menschen folgen in den darauf folgenden Jahren hohe absolute Geburtenzahlen, was als *Echo Effekt* des *Youth Bulges* beschrieben wird. (Fuller 2003, 9)

Youth Bulges können, je nachdem, inwieweit es der Gesellschaft gelingt, die jungen Menschen zu integrieren, positive oder negative Effekte haben. Werden Institutionen und Wirtschaftspolitik so angepasst, dass der *Youth Bulge* absorbiert werden kann, so kann er positive Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben. Falls es der Gesellschaft jedoch nicht gelingt, die zusätzliche Mehrbevölkerung zu integrieren, kann dies zu sozialen Spannungen führen. Vor allem im Bildungswesen müssen Investitionen getätigt werden, welche sich nur langfristig lohnen, den Staat aber vor große Aufgaben stellen (Fuller 2003, 9-10). Die Probleme, welche sich bei einem solchen *institutionellen Flaschenhals* ergeben, werden durch eine große absolute Größe des *Youth Bulges* und geographische Verdichtung noch verstärkt (Urdal 2006, 610,615). Dies gilt auch für den Arbeitsmarkt. Gelingt es diesem nicht, sich auf den *Youth Bulge* anzupassen, wird das notwendigerweise zu einer hohen Jugendarbeitslosigkeit und damit einhergehend zu Frustration und Unzufriedenheit führen (Urdal 2006, 611; Fuller 2003, 21). Die Fähigkeit des Arbeitsmarktes, die Neuzutritte aufzunehmen, hängt stark von der Entwicklung des privaten Sektors ab. Verstärkte Ausbildung in den Anfangszeiten des *Youth Bulges* führt zu einer großen Masse an höher- und hochqualifizierten Arbeitskräften, welche in einen schlecht entwickelten privaten Sektor nicht integriert werden kann. Diese Schicht an gebildeten Arbeitslosen, deren hohe Erwartungen nicht erfüllt werden können, kann ein hohes Unruhepotential in sich bergen (Winckler 2002; 635 Urdal 612; Fuller 2003, 22).

Aus dargelegten Gründen ist es nicht verwunderlich, dass es Henrik Urdal gelang, eine hohe Korrelation zwischen dem Auftreten von *Youth Bulges* und politischer Gewalt empirisch nachzuweisen (2006, 617ff). Da Ägypten einen ausgeprägten *Youth Bulge* vorweist, ist es notwendig, sich genauer mit diesem Phänomen zu beschäftigen

4.3.3.2. Entwicklung und Probleme des *Youth Bulges* in Ägypten

Der ägyptische *Youth Bulge* hatte seinen Höhepunkt zwischen 1990 und 2000, als durchschnittlich 58%¹⁸ der Ägypter unter 24 Jahre alt waren. Seitdem sinken sowohl Geburtsraten als auch der Anteil der 0-24 Jährigen. 2010 machten sie 51,2 % der Bevölkerung aus. Dagegen erreichte der Anteil der 15-24 Jährigen, also jene die in den Arbeitsmarkt eintreten oder davor stehen, erst 2002 seinen Höhepunkt von 22 % der Gesamtbevölkerung. 2010 lag ihr Anteil immer noch bei 19,4%. Zwar ist Ägyptens *Youth Bulge*, verglichen mit jenen im Jemen, Saudi Arabien oder in Afrikanischen Staaten südlich der Sahara weniger stark ausgeprägt, jedoch ist er erstens in seiner absoluten Größe herausragend und zweitens in seiner Zusammensetzung durch einen größeren Anteil an gebildeten Jugendlichen gekennzeichnet.

Sämtliche Voraussetzungen für eine Entwicklung hin zum politischen Konflikt, ausgelöst durch einen *Youth Bulge*, waren im ägyptischen Fall gegeben. Die absolute Größe des *Youth Bulges* von etwa 18 Millionen¹⁹ Ägyptern zwischen 15 und 24 Jahren barg allein schon ein hohes Konfliktpotential, welches durch die geographische Dichte des ägyptischen Siedlungsraumes enorm verstärkt wurde. Weiterhin war die hohe Jugendarbeitslosigkeit ein Anzeichen für die mangelhafte Absorptionsfähigkeit und die schwache Ausprägung des Privatsektors. Dadurch konnte die Dynamik des jungen Arbeitsmarktes nicht in Wirtschaftswachstum umgesetzt werden. Da der Staat seine Einstellungspraxis nicht relativ zum Bevölkerungswachstum und noch geringer im Verhältnis zur steigenden Zahl der Hochschulabsolventen steigerte, mussten diese Entwicklungen zu einem großen Bevölkerungsanteil von gut ausgebildeten jungen Arbeitslosen führen. Sie stellten auf Grund der früheren Arbeitsplatzgarantie hohe Erwartungshaltungen an den Staat (Apt 2011, 3).

Diese Erwartungshaltung an den Staat stellt eines der größten Probleme dar, denn das Regime sah sich zusehends außerstande, Erwartungen, besonders im Bereich der Beschäftigung im öffentlichen Dienst, zu erfüllen (Richter 2007,192). Die oben erwähnte Strategie, durch Privatisierungen und Marktliberalisierungen den Privatsektor zu stärken, scheiterte an derer nur teilweisen Umsetzung und der Marktmacht einiger Großunternehmer. Doch auch bei reibungslosem Ablauf der Reformen hätte der Privatsektor die riesige Zahl von neuen Arbeitskräften wohl nicht aufnehmen können.

¹⁸ Die Zahlen stammen aus eigener Berechnung mithilfe von Daten des U.S. Consensus Bureau: census.gov

¹⁹ Ibid.

4.3.3.3. Soziale Folgen des *Youth Bulges*

Die aus dem *Youth Bulge* resultierende Jugendarbeitslosigkeit stellt die Gesellschaft vor eine Vielzahl neuer Probleme. Wenn junge Erwachsene nicht die Möglichkeit haben, einen ihren Voraussetzungen entsprechenden Arbeitsplatz, und somit sozialen Status und ein geregeltes Einkommen zu erlangen, kann dies zu großer Frustration führen. Dies wird durch die Tatsache, dass eine Heirat nur bei einem festen Arbeitsplatz möglich ist, weiter verstärkt. Daher sind derzeit 10% weniger Männer im Alter von Ende 20 verheiratet als Ende der 90er Jahre (Apt 2011, 2).

Verbreitete Arbeitslosigkeit, Armut und Frustration können das Konfliktpotential innerhalb einer Gesellschaft stark erhöhen und bestimmte Gruppen radikalieren (Binzel 2010 7-8). Wie in 4.3.2.2. dargestellt verstärkte der Arbeitsplatzmangel die sozialen Ungleichheiten. Da in Ägyptens Sozialvertrag dem Staat die Rolle zukommt, für Arbeitsplätze und Grundsicherung zu sorgen, bereitete der *Youth Bulge* dem Regime erhebliche Probleme. Diese nötigten es schließlich dazu, sich aus dem Sozialvertrag zu lösen.

4.4 Mediale Verstärkung von Akten der Ablehnung

In 3.4.3. wurde ausreichend beschrieben, dass es im zu beobachteten Zeitraum verstärkt zu Akten der Ablehnung gegenüber dem Regime seitens der Bevölkerung kam. Da Akte der Zustimmung nach Beetham eine konstitutive Dimension von Legitimität darstellen (Beetham 1991a, 41), tragen Akte der Ablehnung im Umkehrschluss zum Verlust von Legitimität bei. Dabei sind diese zugleich Ausdruck und Ursache von fehlender politischer Legitimität. Niedrige Wahlbeteiligung, Demonstrationen, Streiks und Widerstand im Internet sind daher nicht nur Indikatoren für Legitimitätsverlust, sondern können die Legitimität eines Regimes aktiv untergraben. In diesem Zusammenhang ist das psychologische Phänomen der *Präferenz Falsifizierung* (Kuran 1995) von großer Bedeutung. Vor allem in Gesellschaften unter autoritärer Herrschaft unterschätzt das einzelne Individuum oft, inwieweit seine Auffassungen geteilt werden (Blaydes 2006,19; Kuran 1995, 1528). Der Unterschied zwischen privater Meinung und öffentlicher Meinung ist in solchen Fällen sehr hoch, was zu starken Wahrnehmungsverzerrungen führen kann. Sozialer Druck und Angst führen dazu, dass die private Meinung verschleiert wird, sofern diese von der wahrgenommenen öffentlichen Meinung abweicht. (Kuran 1995, 1532-33). Die oben genannten Akte der Ablehnung können dazu führen, dass die Menschen sich darüber bewusst werden, dass ihre private Meinung von Vielen geteilt wird (Blaydes 2006, 19), was im Folgenden einen *bandwagon*-Prozess auslösen kann (Ibid 1995, 1535). Daher tragen sie dazu bei, dass sich passive Folgsamkeit zu öffentlichem Protest wandelt.

In Ägypten kann der Zeitraum zwischen 2004 und 2010 als Inkubationsphase eines solchen *bandwagon*-Prozesses betrachtet werden. Durch die öffentliche Kritik der Kifajah Bewegung an Mubaraks Regime und der nur halbherzigen Verfolgung eben dieser Kritiker, sanken die potentiellen

Kosten zur Ausübung von Kritik. Dies wiederum trieb andere Formen des Protestes voran. Fast zeitgleich mit dem stärkeren Auftritt von öffentlichen Protesten entwickelte sich eine Online-Protestbewegung. Die Zahl der Internetnutzer in Ägypten hat sich im Zeitraum von 2000 bis 2009 um ihr 67-faches erhöht²⁰, was das Internet zu einem wichtigen gesellschaftlichen Raum werden ließ. Vor allem Weblogs (Blogs) spielten in Ägypten eine wichtige Rolle und wurden zum Medium oppositionellen Austausches und der Organisation von Protestbewegungen (Al Ezzi, El-Sheikh, Marwan 2008, 2; 5; 24). Durch die relative Anonymität des Internets kann das Phänomen der *Präferenz Falsifizierung* teilweise überwunden werden, was Auswirkungen auf Gehorsam und Legitimitätsglauben der (internetnutzenden) Bevölkerung hat. Das soziale Netzwerk Facebook wurde zu einem Forum, um Protestbewegungen zu organisieren (Al Ezzi, El-Sheikh, Marwan, u.a. 2008, 2). Bedeutend für die Verbreitung der Proteste, war vor allem die Facebook-Gruppe „We are all Khaled Said“ zum Gedenken an den, von Polizisten ermordeten Blogger Khaled Said, welcher dadurch zum Mohamed Bouazizi²¹ Ägyptens wurde (Howard; Hussain 2011, 38). Letztendlich waren es auch die digitalen Medien (neben Al-Jazeera), über welche Nachrichten von der Revolution in Tunesien verbreitet wurden, wodurch eine Verbrüderung mit den dortigen Revolutionären erfolgen konnte (Ibid).

5. Fazit

Es konnte verdeutlicht werden, dass das Mubarak-Regime im Zeitraum von 2000 bis 2010 stark an politischer Legitimität verloren hat. Dieser Verlust konnte auf allen Analyseebenen (Legalität, Rechtfertigung, Akte der Zustimmung) festgestellt werden. In der Untersuchung des Legitimitätsverlusts wurde klar, dass sich dieser, durch die erweiterten Legitimitätskategorien Beethams erklären ließ. Der Legitimitätsverlust des Mubarak-Regimes lag in erster Linie an der Aufkündigung des informellen Sozialvertrages. Da es sich, aufgrund seiner sozialrevolutionären Geschichte, nicht auf traditionelle, religiöse oder charismatische Legitimität stützen konnte, basierte die Legitimität des Regimes vor allem auf Prinzipien der Umverteilung, über welche es gelang bedingte Legitimität zu erlangen. Aus diesen Prinzipien bildete sich der ägyptische Sozialvertrag. Umverteilung wurde durch diese Entwicklung zur sozialen Norm (im Sinne der Theorie des Sozialvertrages) und wurde über den Weg des Klientelismus garantiert. Im letzten Jahrzehnt sah sich Mubaraks Regime dazu gezwungen, den Sozialvertrag zu lösen, da das Regime, durch seine verschlechterte wirtschaftliche *Performance*, nicht mehr in der Lage war, die Leistungen, zu welchen es inoffiziell verpflichtet war, zu erfüllen. Der Hauptgrund für die schlechte *Performance* des Regimes ist in dem demographischen Phänomen des ägyptischen *Youth Bulges* zu finden, dessen Dynamik Mubaraks Regierung nicht kontrollieren konnte. Eine der eingeleiteten Gegenmaßnahmen, die

²⁰ CIA World Factbook

²¹ Tunesischer Gemüsehändler, welcher durch seine Selbstverbrennung die Proteste in Tunesien ausgelöst hatte. (Siehe 1.)

Verlagerung von Sozial- und Wohlfahrtsleistungen vom Staat auf private und religiöse Wohlfahrtsorganisationen, brachte nicht den gewünschten Erfolg, sondern verstärkte die Legitimitätskrise. Im Zuge der Loslösung vom Sozialvertrag wurde das Regime zunehmend durch Akte der Ablehnung delegitimiert, welche von den neuen digitalen Medien verstärkt wurden, bis das Mubarak-Regime seine Legitimität letztendlich vollends verlor.

Damit konnte gezeigt werden, dass das Konzept der politischen Legitimität ein brauchbares Instrument zur Evaluierung von politischen und sozialen Spannungen bereitstellt. Als alleinige Erklärung für den Umsturz des Mubarak-Regimes ist es jedoch nicht ausreichend, da hier diverse andere Variablen eine Rolle spielten. Hudsons Zitat (1977) am Anfang dieser Arbeit, verdeutlichte die Legitimitätskrise der arabischen Staaten. Zum Umsturz kam es in einigen dieser Staaten letztendlich aber erst 2010, andere sind noch immer stabil. Dies zeigt, dass mit einem Legitimitätsdefizit auch über längere Zeit hinweg regiert werden kann. Nichtsdestotrotz wirkt sich politische Legitimität, wie dargelegt wurde, erheblich auf die politische Stabilität eines Regimes aus.

Ein zukünftiges ägyptisches Regime, wird daher verstärkt versuchen müssen sich politische Legitimität zu verschaffen. Die Fortführung einer quasi-autoritären Militärregierung kann diese, wie es die aktuellen Auseinandersetzungen zwischen Revolutionären und Militärjunta zeigen, nicht erlangen. Es steht offen, auf welche Weise sich eine neue ägyptische Regierung legitimieren wird. Neben Legitimität durch demokratische Partizipation, kann es, der Religiosität der Gesellschaft entsprechend, auch zu traditionell-religiöser Legitimation kommen. Eine (nach Nasser) erneute charismatische Herrschaft ist ebenfalls denkbar. Legitimität, welche sich allein auf wirtschaftliche *Performance* stützt, ist in der jetzigen Situation nur schwer vorstellbar. Einzig die Rückkehr zu traditionell-monarchischer Legitimität kann ausgeschlossen werden, da durch den fast 60 jährigen geschichtlichen Bruch, der mit der Monarchie seit der Ausrufung der Republik Ägypten besteht, zu wenig, wenn nicht gar keine Bindung mehr zu dem Monarchen und der Monarchie vorhanden ist.

Es ist jedoch ebenso möglich, dass der politische Konflikt in Ägypten noch längere Zeit andauern wird, denn die Dynamik des dortigen *Youth Bulges* wird noch über einige Jahre hinweg andauern und dann nur langsam abklingen (Fuller 2004, 36). Folgt man Gunnar Heinsohns Beurteilung der Problematik von *Youth Bulges*, so zeichnet sich ein ernüchterndes Bild für die nähere Zukunft Ägyptens ab: „Einen Positionsinhaber hat man erfolgreich beseitigt, aber auf seinem Platz wollen nun gleich zwei oder drei dem Volke dienen.“ (Heinsohn 2006, 48). Soziale Unruhen werden die ägyptische Gesellschaft demnach weiterhin kennzeichnen. Eine der Möglichkeiten, um eine solche Entwicklung zu verhindern, ist die Einbindung eines großen Teils der Revolutionäre in das neue Regime. Soll dies auf nachhaltige Art und Weise geschehen, darf die Einbindung nicht erneut über Klientelismuspolitik erfolgen, sondern muss auf den, in der Gesellschaft verbreiteten Wertvorstellungen beruhen. Im Falle Ägyptens versprechen islamische Werte und demokratische

Partizipation (zur Einbindung der Masse) eine breite Legitimationsbasis. Doch selbst wenn diese Bedingungen erfüllt sind, wird die Regierung zunächst an ihrer wirtschaftlichen Performance gemessen werden. Sollte es gelingen die reichen Ressourcen und das wirtschaftliche Potential des Landes effizient zu nutzen, hat Ägypten gute Chancen ein stabiler Staat zu werden. Aus der momentanen Entwicklung lassen sich dafür aber keine Anzeichen ableiten. Vielmehr bereitet die Auseinandersetzung zwischen Militär und Revolutionären Grund zur Annahme, dass sich die Unruhen fortsetzen werden. Die mächtige Stellung des Militärs wird sicherlich Einfluss auf die Charakteristik der institutionellen Entwicklung und die Regierungsbildung haben. Doch wie auch immer eine zukünftige Regierung Ägyptens aussehen mag, ihr vordringlichstes Ziel wird es sein müssen, politische Legitimität zu erlangen.

Literatur:

- Abdel-Haleim, John William Salevurakis; Sahar Mohamed. (2008). Bread Subsidies in Egypt: Choosing Social Stability or Fiscal Responsibility. *Review of Radical Political Economics*, 40(1), 35-49.
- Agrama, Hussein Ali. (2010). Secularism, Sovereignty, Indeterminacy: Is Egypt a Secular or a Religious State? *Comparative Studies in Society and History* 52(3), 495-523.
- Al Ezzi, Mustafa; El-Sheikh, Marwan; Hussein; Hamdy, Dalia Mohamed; Kamal Eldin, Mahitab; Mahfouz, Sherine Ahmed. (2008). Cyber Activism in Egypt Through Facebook. Retrieved from http://isaleh.uct.ac.za/Assets/PDFs/Cyber_Activism_in_Egypt_through_Facebook.pdf Accessed 01.12.2011
- Albrecht, Holger. (2006). Politischer Islam und autoritäre Herrschaft im Vorderen Orient. *Internationale Politik und Gesellschaft*, 3/2006, 11-31.
- Albrecht, Holger. (2007). *Authoritarian Opposition and the Politics of Challenge in Egypt*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Alterman, Jon B. (2000). Egypt: Stable but for how long? *The Washington Quarterly* 23(4), 107-118.
- Anderson, Lisa. (2011). Demystifying the Arab Spring: Parsing the Differences Between Tunisia, Egypt, and Libya. *Foreign Affairs*, 90(2).
- Apt, Wenke. (2011). Aufstand der Jugend. In Stiftung Wissenschaft und Politik (Ed.).
- Assaad, Ragui. (2008). Unemployment and Youth Insertion in the Labor Market in Egypt. In Hanaa Kheir-El-Din (Ed.), *The Egyptian Economy: Current Challenges and Future Prospects* (pp. 133-166). Kairo: The American University in Cairo Press.
- BBC. (06.04.2008). Clashes in Egypt strike stand-off. *BBC.com*. Retrieved from http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/7332929.stm Accessed 05.12.2011
- Beetham, David. (1991a). *The Legitimation of Power*. Basingstoke u.a.: Macmillan.
- Beetham, David. (1991b). Max Weber and the Legitimacy of the Modern State. *Analyse&Kritik*, 13(1), 34-45.
- Binzel, Christine. (2010). Unerfüllte Erwartungen bei Ägyptens junger gebildeter Generation. *DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung* 33/2010(Wochenbericht vom 18. August 2010).
- Blaydes, Lisa. (2006). *Who Votes in Authoritarian Elections and Why? Determinants of Voter Turnout in Contemporary Egypt*. Paper presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association 2006, Philadelphia PA. Retrieved from www.stanford.edu/~blaydes/Turnout.pdf Accessed 17.12.2011
- Blaydes, Lisa. (2008). *Authoritarian Elections and Elite Management: Theory and Evidence from Egypt*. Paper presented at the Princeton University Conference on Dictatorships, Princeton University. <https://www.princeton.edu/~piirs/Dictatorships042508/Blaydes.pdf> Accessed 03.12.2011

- Blaydes, Lisa. (2011). *Elections and Distributive Politics in Mubarak's Egypt*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bureau, U.S. Census. (2011). Retrieved from <http://www.census.gov/population/international/data/idb/country.php> Accessed 27.11.2011
- Ciobanu, Monica. (2010). Communist regimes, legitimacy and the transition to democracy in Eastern Europe. *Nationalities Papers*, 38(1), 3-21.
- Clapham, Christopher. (1985). *Third World Politics: An Introduction*. London: Croom Helm.
- Dekmejian, R. Hrair. (1980). The Anatomy of Islamic Revival: Legitimacy Crisis, Ethnic Conflict and the Search for Islamic Alternatives. *Middle East Journal*, 34(1), 1-12.
- Diamond, Larry. (2010). Why are there no Arab democracies? *Journal of Democracy*, 21(1).
- Dogan, Mattei. (1992). *Conceptions of Legitimacy*. London: Routledge.
- Dogan, Mattei. (1994). *The Pendulum between Theory and Substance*. Oxford: Blackwell Publishers.
- Droz-Vincent, Philippe. (2004). Quel avenir pour l'autoritarisme dans le monde arabe? *Revue française de science politique*, 54(6), 35.
- Droz-Vincent, Phillipe. (2007). *From Political to Economic Actors: The Changing Role of Middle Eastern Armies*. Stanford University: Stanford University Press.
- Easton, David. (1967). *A systems analysis of political life*. New York: Wiley.
- El-Hamalawy, Joel Beinin; Hossam. (09.05.2007). Strikes in Egypt Spread from Center of Gravity. *Middle East Research and Information Project* Retrieved from merip.org website: <http://www.merip.org/mero/mero050907> Accessed 11.12.2011
- electionguide.org. (2011). Retrieved from http://www.electionguide.org/search-results.php?type=&country=65&search_year=2005&submitted=1&submit.x=56&submit.y=17&submit=Search Accessed 03.12.2011
- Epstein, Edward C. (1984). Legitimacy, Institutionalization, and Opposition in Exclusionary Bureaucratic-Authoritarian Regimes. The Situation of the 1980s. *Comparative Politics*, 17(1), 37-54.
- Fuller, Graham E. (2003). The Youth Factor: The New Demographics of the Middle East and the Implications for U.S. Policy. *Analysis Paper*, 3. Retrieved from http://www.brookings.edu/~media/Files/rc/papers/2003/06middleeast_fuller/fuller20030601.pdf Accessed 20.12.2011
- Fuller, Graham E. (2004). The Youth Crisis in Middle Eastern Society. Retrieved from <http://ispu.org/pdfs/graham%20fuller%20paper.pdf> 18.12.2011
- Gause III, Gregory F. . (2011). Why Middle East Studies Missed the Arab Spring. *Foreign Affairs*, 90(4).

- Geddes, Barbara. (1999). what do we know about democratization after 20 years? *Annual Review of Political Science*, 2, 115-144.
- Gilley, Bruce. (2005). Political Legitimacy in Malaysia: Regime Performance in the Asian context. . In L. White (Ed.), *Political Legitimacy in East and Southeast Asia: The ambiguities of success and failure*. Singapur: World Scientific.
- Gilley, Bruce. (2006a). The Determinants of State Legitimacy: Results for 72 Countries. *International Political Science Review*, 27(1), 47-71.
- Gilley, Bruce. (2006b). The meaning and measure of state legitimacy: Results for 72 countries. *European Journal of Political Research*, 45, 499-525.
- Gilley, Bruce. (2011). Email-interview between the Author and Bruce Gilley.
- Goldstone, Jack A. (2011). Understanding the Revolutions of 2011: Weakness and Resilience in Middle Eastern Autocracies. *Foreign Affairs*, 90(8).
- Grafenstein, Robert. (1981). The Failure of Weber's Conception of Legitimacy: Its Causes and Implications. *The Journal of Politics*, 43, 456-472.
- Haklai, Oded. (2009). Authoritarianism and Islamic Movements in the Middle East: Research and Theory-building in the Twenty-first Century. *International Studies Review*, 11.
- Hanna, Michael Wahid. (2009). The Son Also Rises: Egypt's Looming Succession Struggle. *World Policy Journal*, Fall 2009, 103-114.
- Harders, Cilja. (2008). Autoritarismus von unten: Lokale Politik in Ägypten. *GIGA Focus Nahost*, 2008(12).
- Heydemann, Steven. (2007). Social Pacts and the Persistence of Authoritarianism in the Middle East. In Oliver Schlumberger & (Eds.), *Debating Arab Authoritarianism - Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes*. Stanford University: Stanford University Press.
- House, Freedom. (2011). Retrieved from <http://freedomhouse.org> Accessed 20.11.2011
- HRW. (2010). Elections in Egypt: State of Permanent Emergency Incompatible with Free and Fair Vote. Retrieved from <http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/egypt1110WebforPosting.pdf> Accessed 05.12.2011
- Huntington, Samuel P. . (1996). *Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert* (Holger Fliessbach, Trans.). München; Wien: Europaverlag.
- Hussain, Philip N. Howard; Muzammil M. (2011). The Role of Digital Media. *Journal of Democracy*, 22(3).
- ILO. (2008). Global Wage Report 08/09. Retrieved from http://www.ilo.org/global/publications/WCMS_100786/lang--en/index.htm Accessed 16.12.2011

- IMF. (2011). IMF Data Mapper. Retrieved from <http://www.imf.org/external/datamapper/index.php>
Accessed 03.12.2011
- Jakob-Szidzek, Iris. (2006). Transformationsprozesse in der arabischen Welt. Fallbeispiel Ägypten: Demokratiedefizite und Reformimpulse. *KAS-AI*, 2/06, 99-128.
- Kienle, Eberhard. (2001). *A Grand Delusion: Democracy and Economic Reform in Egypt*. New York: I.B. Tauris & Co Ltd.
- King, Stephen J. (2007). Sustaining Authoritarianism in the Middle East and North Africa *Political Science Quarterly*, 122(3).
- King, Stephen J. (2009). *The new authoritarianism in the Middle East and North Africa* Bloomington: Indiana University Press.
- Kraus, Peter. (2004). Die Begründung demokratischer Politik in Europa. Zur Unterscheidung von Input- und Output-Legitimation bei Fritz W. Scharpf. *Leviathan*, 32(4), 558-567. doi: 10.1007/s11578-004-0036-2
- Lamb, Robert D. (2005). Measuring Legitimacy in Weak States. Retrieved from: CISSM Center for International and Security Studies at Maryland www.cissm.umd.edu/papers/files/lamb_measuring_legitimacy_2005.pdf Accessed 18.11.2011
- Lipset, Larry Jay Diamond; Juan José Linz; Seymour Martin. (1995). *Politics in developing countries*. Boulder: Lynne Rienner.
- Lipset, Seymour Martin. (1960). *Political man - the social bases of politics*. Garden City, N.Y: Doubleday.
- Luhmann, Niklas. (1983). *Legitimation durch Verfahren*: Suhrkamp.
- Martin Beck, Cilja Harders, Annette Jünemann, Stephan Setter. (2009). *Der Nahe Osten im Umbruch: Zwischen Transformation und Autoritarismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Masoud, Tarek. (2011). The Road to (and from) Liberation Square. *Journal of Democracy*, 22(3), 20-34.
- Mody, Ashoka ; Saravia, Diego. (2008). From Crisis to IMF-Supported Program: Does democracy impede the speed required by financial markets? *IMF Working Paper*, 08/276. Retrieved from <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2008/wp08276.pdf> Accessed 19.12.2011
- Moustafa, Tamir. (2003). Law versus the State: The Judicialization of Politics in Egypt. *Law & Social Inquiry*, 28(4), 883-930.
- O'Kane, Rosemary H.T. (1993). Against Legitimacy. *Political Studies*, XLI, 471-487.

- OECD. (2011). Egypt: Social Context and human Resource Development. Retrieved from <http://www.africaneconomicoutlook.org/en/countries/north-africa/egypt/> Accessed 22.12.2011
- Otto, Michiel. (2010). *Sharia Incorporated: A Comparative Overview of the Legal Systems of Twelve Muslim Countries in Past and Present*. Leiden: Amsterdam University Press.
- Pakulski, Jan. (1986). Legitimacy and Mass Compliance: Reflections on Max Weber and Soviet-Type Societies. *British Journal of Political Science*, 16(1), 35-56.
- Parkinson, John. (2003). Legitimacy Problems in Deliberative Democracy. *Political Studies*, 51, 180-196.
- Pawelka, Peter. (2002). Der Staat im Vorderen Orient: Über die Demokratie-Resistenz in einer globalisierten Welt. *Leviathan*, 30(4).
- Peter, Fabienne. (2010). Political Legitimacy. In Edward N. Zalta (Ed.), *The Stanford Encyclopedia of Philosophy (Summer 2010 Edition)*.
- Pewglobal.org (Producer). (2011). Key Indicators Database. Retrieved from: <http://www.pewglobal.org/database/?indicator=3&country=64>. Accessed 28.11.2011
- Pioppi, Daniela. (2007). *Privatization of Social Services as a Regime Strategy: The Revival of Islamic Endowments (Awqaf) in Egypt*. Stanford University: Stanford University Press.
- Programme, UN Development. (2009). Arab Human Development Record (AHDR) 2009.
- Rawls, John. (1993). *Political Liberalism*. New York: Columbia University Press.
- Reza, Sadiq. (2007). Endless Emergency: The Case of Egypt. *New Criminal Law Review*, 10, 532-553.
- Richter, Thomas. (2007). *The Political Economy of Regime Maintenance in Egypt*. Stanford University: Stanford University Press
- Robinson, Nancy J. Davis; Robert V. (2009). Overcoming Movement Obstacles by the Religiously Orthodox: The Muslim Brotherhood in Egypt, Shas in Israel, Comunione e Liberazione in Italy, and the Salvation Army in the United States¹. *American Journal of Sociology*, 114(5), 1302-1349.
- Rosenau, James N. (1990). *Turbulence in world politics: a theory of change and continuity*. New York: Harvester Wheatsheaf.
- Sassanpour, Mohamed Hassan; Cyrus. (2008). *Labor Market Pressures in Egypt: Why is the Unemployment Rate Stubbornly High?* Paper presented at the International Conference on "The Unemployment Crisis in the Arab Countries" (17-18 March 2008,), Kairo. Retrieved from: http://www.arab-api.org/conf_0308/p7.pdf Accessed 02.12.2011
- Schatz, Edward. (2006). Access by Accident: Legitimacy Claims and Democracy Promotion in Authoritarian Central Asia. *International Political Science Review*, 27(3), 263-284.

- Schedler, Andreas. (2006). The Logic of Electoral Authoritarianism. Retrieved from http://www.ethiomeia.com/accent/ea_schedler.pdf Accessed 15.12.2011,
- Schlumberger, Oliver. (2007). *Debating Arab Authoritarianism - Dynamics and Durability in Nondemocratic Regimes*. Stanford University: Stanford University Press.
- Schlumberger, Oliver. (2008). *Autoritarismus in der arabischen Welt*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Sonneveld, Maurits Berger; Nadia. (2010). Sharia and National Law in Egypt. In Jan Michiel Otto (Ed.), *Sharia Incorporated* (pp. 51-86). Leiden: Leiden University Press.
- Demmelhuber Thomas, Stephan Roll. (2007). Herrschaftssicherung in Ägypten: Zur Rolle von Reformen und Wirtschaftsoligarchen. *SWP-Studien, Juli 2007*(S 20).
- Transperancy International. (2011). Corruption Perceptions Index 2000-2010. Retrieved from http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010 Accessed 03.12.2011
- UNFPA. (2011). Demographic Window. Retrieved from http://egypt.unfpa.org/english/Staticpage/4aaa5981-da79-4e9d-b039-f3c8ea6c1846/Demographic_Window.aspx Accessed 14.12.2011
- Walle, Nicolas van der; Bratton, Michael (1997). *Democratic Experiments in Africa: Regime Transitions in Comparative Perspective*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Waterbury, John. (1985). The "Soft State" and the Open Door: Egypt's Experience with Economic Liberalization, 1974-1984. *Comparative Politics*, 18(1 (Oct., 1985)), 65-83.
- Weatherford, M. Stephen. (1992). Measuring Political Legitimacy. *The American Political Science Review*, 86(1), 149-166.
- Weber, Max. (1972). *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr.
- WVS. (2000; 2008). World Values Survey, Online Data Analysis. Retrieved from <http://www.wvsevsdb.com/wvs/WVSanalyze.jsp> Accessed 01.12.2011
- Zhong, Yang. (1996). Legitimacy crisis and legitimation in China. *Journal of Contemporary Asia*, 26(2), 201-220.